

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 15. Oktober 1930

Nummer 83

### Zur besonderen Beachtung!

Vor jedem Konditionswechsel ist es unbedingte Pflicht eines jeden Verbandsmitgliedes, bei dem Gauvorsteher, zu dessen Gau die für den Stellungswechsel in Frage kommende Firma gehört, nach § 17 unserer Verbandsstatuten schriftlich Erkundigung einzuziehen. Besonders in der jetzigen Zeit, da einzelne Unternehmer auch in unserm Gewerbe durch Lohnbauverträge bemüht sind, reaktionären Unternehmervarolen Gefolgschaft zu leisten, muß es als Beweis gewerkschaftlicher Solidarität beurteilt werden, solchen Bestrebungen in keiner Weise irgendwie Vorhieb zu leisten. In diesem Sinne hat die nur den Gauvorstehern des Verbandes vorbehaltenene Ausnahmestellung den Zweck, alle Kollegen vor Schäden zu bewahren, ohne die Freizügigkeit innerhalb des Verbandsgebiets zu unterbinden.

Der Vorstand einer jeden Mitgliedschaft des Verbandes ist verpflichtet, die Beachtung dieser Vorschrift bei jedem Stellungswechsel durch Einforderung der erhaltenen Auskunft nachzuprüfen. Das vollständige Druckortverzeichnis ist auf den Seiten 47 bis 64 der Verbandsstatuten zu finden und das Adressenverzeichnis der Gauvorsteher war zuletzt der Nr. 80 des „Korr.“ vom 4. Oktober d. J. beigelegt.

### Zur Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins

#### 1. Einleitung

Die „verunglückte Prinzipalsfrage“, deren Tendenz und vorläufige Erledigung durch das Berliner Arbeitsgericht zusammenfassend in Nr. 82 des „Korr.“ der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit unterbreitet wurde, ließ mit aller Deutlichkeit erkennen, daß sich auf Unternehmerseite im deutschen Buchdruckgewerbe in wirtschafts- wie tarifpolitischer Beziehung Strömungen und Geister breitgemacht haben, die nicht mehr aus eigener Erkenntnis imstande sind, unbedingten Notwendigkeiten unserer Zeit auf dem Wege friedlicher und gleichberechtigter Verständigung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum Rechnung zu tragen. Sie spekulieren auf die Mißhilfe einer immer noch viel zuviel in privatkapitalistischen Grundfragen befangenen Gesetzgebung und Rechtsprechung, statt eine Lösung der wichtigsten Gegenwartsprobleme auch für das deutsche Buchdruckgewerbe an ihrer Quelle und im Bereich ihrer eignen Ausstrahlungen wirtschaftlicher und sozialer Art zu suchen. Inwieweit darin Beweise eigener Schwäche oder Unzulänglichkeit der bisherigen Wirtschaftsführung zu erblicken sind, bleibe zunächst eine offene Frage. Ihre Beantwortung mit den daraus sich ergebenden praktischen Schlussfolgerungen für eine vernünftigeren Lösung der in der Not der Gegenwart sich zeigenden Gegenfragen erfordern nach unserer Ansicht eine gründliche Untersuchung der dafür im allgemeinen wie im besondern maßgebenden und verantwortlichen Wirtschaftsführung und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins als derjenigen Organisation auf Unternehmerseite im deutschen Buchdruckgewerbe, mit der wir, d. h. die Arbeiterschaft unseres Gewerbes, in erster Linie zu rechnen haben. Zu diesem Zweck haben wir unsere Stellungnahme zum Verkauf und den Ergebnissen der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Bereins am 21. und 22. September d. J. in Bad Harzburg abständig bis zur Erledigung der Prinzipalsfrage zurückgestellt, um dann nach der erforderlichen Kennzeichnung der dadurch gegebenen Situation ernstlich zu prüfen und festzustellen, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit sind und welche Aufgaben uns daraus im Sinne unserer gewerkschaftlichen Bestrebungen für die nächste Zukunft erwachsen.

Gehen wir in diesem Sinne von der erwähnten diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buch-

drucker-Bereins aus, so wäre zunächst zu betonen, daß sich diese Tagungen von jeher in Licht wie Schatten als maßgebende Prüfsteine der Wirtschaftsführung und Tarifpolitik des Unternehmertums im deutschen Buchdruckgewerbe erwiesen haben. Zwar hat sich die Mitgliederzahl des Deutschen Buchdrucker-Bereins im Vergleich zum Jahre 1928 mit 6619 Mitgliedern im Laufe des Jahres 1929 um nahezu 10 Proz. auf 6083 verringert, wobei noch zu beachten ist, daß in dieser Zahl noch rund 1000 sogenannte persönliche Mitglieder (nicht direkte Firmeninhaber oder Vertreter) eingerechnet sind, so daß also der DBB. nur knapp die Hälfte aller deutschen Buchdruckereiarbeiter beschäftigt ist. Dies dürfte jedoch nur zutreffen, wenn man die in den Betrieben der Mitglieder des DBB. etwa vier Fünftel aller deutschen Buchdruckereiarbeiter beschäftigt ist. Dies dürfte jedoch nur zutreffen, wenn man die in den Betrieben der Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsverleger mit annähernd 2000 Mitgliedern beschäftigten Arbeiter mit einrechnet. Denn schon nach der Betriebs- und Berufszählung von 1925 wurden in der Gewerbeart „Tagesszeitungsverlag und Druckerei“ 1908 Betriebe mit 87 438 Personen bei insgesamt 12 320 Betrieben mit 286 268 beschäftigten Personen im ganzen deutschen Berufszweigsgewerbe gezählt. Es ist überhaupt für den weniger Eingeweihten nicht leicht, zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Berein und dem Verein Deutscher Zeitungsverleger eine deutliche Grenze zu ziehen. Doch wollen wir uns an dieser Stelle mit diesen, zum größten Teil auf mehr oder weniger organisatorische Selbständigkeitsstendenz in Zeitungsverlegerkreisen zurückzuführenden Unklarheiten nicht beschäftigen. Soweit es sich um wichtige Fragen aus den Arbeits- und Lohnverhältnissen handelt, kann nicht gesagt werden, ob Vor- oder Nachteile aus dieser Interessenwahrnehmung mit doppelterm Boden auf Unternehmerseite für die Arbeiterschaft überwiegen. Es fehlte von jeher auf diesem Gebiete nicht an Gegenfragen auf Unternehmerseite mit unterschiedlicher Be- oder Entlastung der Arbeiterschaft, woran auch eine besondere Treue- und Bindung eines gewohnheitsmäßig nur vorübergehend anwesenden Vertreters des Vereins Deutscher Zeitungsverleger auf der Harzburger Tagung des Deutschen Buchdrucker-Bereins im Hinblick auf privatkapitalistische Waffenbrüderschaft gegenüber der Arbeiterschaft in Zukunft kaum etwas ändern dürfte.

Überblicken wir nach dieser allgemeinen Vorstellung unserer gewerkschaftlichen Gegenspieler auf Unternehmerseite die im Prinzipalsorgan, der „Zeitschrift“, in Nr. 78 vom 30. September abgeschlossene Berichtserstattung über Verlauf und Ergebnisse der Harzburger Tagung des Deutschen Buchdrucker-Bereins, so sind u. a. zwei Punkte dieser Verhandlungen für die Gehilfenschaft von besonderer oder ausschlaggebender Bedeutung. Es sind dies eine sehr umfangreiche Stellungnahme zu wirtschaftlichen Tagesfragen sowie eine besondere Erörterung der Tarif- und Lohnpolitik im deutschen Buchdruckgewerbe. Beide Punkte umfaßten sowohl nach der Art ihrer Behandlung wie ihrer Resultate den Gesamtkomplex aller Zeit- und Streitfragen aus alten wie neuen Gegenfragen zwischen privatkapitalistischer Profitwirtschaft und gewerkschaftlicher Kultur- und Realpolitik auch im Buchdruckgewerbe. Es muß danach ernstlich als je zuvor damit gerechnet werden, daß aus einer Fortsetzung oder aktiveren Übertragung dieser Gegenfrage auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserm Gewerbe nur noch größere Spannungen und schärfere Gegenströmungen hüten wie drüben akut werden müssen. Denn alles, was die Herren Unternehmer für sich als gerecht und billig verlangen, sehen sie für die Arbeiterschaft als überflüssig an. Sie betrachten vielmehr im entgegengesetzten Sinne und als Höchstmaß ihrer „wirtschaftspolitischen Einsicht“ nur die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft als das Gebot der Zeit.

Dies im einzelnen vorbeugend zu beleuchten, betrachten wir als unsere Pflicht. Wir werden daher in den kommenden Wochen alle unter der Gesamtrubrik „Zur Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins“ sich ergebenden Zeit- und Streitfragen in sich abgeschlossenen Unterkapiteln behandeln, und zwar an Hand des durch das Prinzipalsorgan offiziell bekanntgegebenen Berichts und anderer nicht weniger zuverlässiger Informationen über die Ergebnisse der diesjährigen Tagung des Deutschen Buchdrucker-Bereins in Bad Harzburg. Daß dabei die Not der „Zeit“, oder, richtiger gesagt, die immer unsinniger und arbeitserfindlicher gewordenen Strömungen unter den Anbetern der privatkapitalistischen Profitwirtschaft auch in unserm Gewerbe von ausschlaggebender Federführung sein müssen, versteht sich wohl gegenüber einer solchen gegen die Interessen der Jünger Gutenbergs durchgeführten Pilgerfahrt unserer neuzeitlichen Faust- und Schöpferepigonnen nach Bad Harzburg und dem Brocken von selbst. Die beste Gelegenheit dazu bietet ein an die Spitze dieser Tagung des Deutschen Buchdrucker-Bereins gestelltes wissenschaftliches Referat über „Wirtschaftliche Tagesfragen“, mit dessen Beleuchtung in nächster Nummer begonnen werden soll; vorausgesetzt, daß nicht noch wichtigere Dinge sich inzwischen in den Vordergrund schieben.

### Arbeit oder Untergang?

Seit Beendigung der Inflation wartet man bei uns auf das Wunder der hundertprozentigen Wiederbelebung der Industrie. Nur so ist es zu erklären, daß man sich nicht mit Beschaffung produktiver Arbeit und mit der Belebung des inneren Marktes abmüht, sondern immer neue Steuern sucht, Finanzreformen macht, die den Namen nicht verdienen, und im übrigen alles mit „einer Weltwirtschaftskrisis“ abtut, die doch sicher nur eine Teufelsche unserer Krisis ist. Von diesen Methoden muß sofort und radikal abgegangen werden.

In letzter Zeit sind viele beachtliche Vorschläge von Professor Dr. Siech, Dr. Stolper sowie von den Gewerkschaften und Verbänden gemacht worden; doch sie haben kaum Beachtung gefunden. Wir müssen die Tatsache, daß 50 Proz. der deutschen Industrie für absehbare Zeit — vielleicht fast immer — verloren ist, die rationalisierte Industrie also die Erwerbslosen von heute niemals voll, ja nicht einmal zum größten Teil wird aufnehmen können, als feststehende Tatsache annehmen. Sicher wird in sechs bis zehn Jahren das Wirtschaftsbild der Welt anders und besser aussehen. Diese Zeit aber muß überwunden werden, für diese Zeit muß produktive, dauernd gewinnbringende Arbeit in größtem Ausmaß geschaffen werden. Das ist das Gebot der Stunde. Neben vielem andern halte ich für sofort möglich und durchführbar:

#### 1. Geschliche Herabsetzung und Festlegung des Zinsfußes

In Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe gibt es nur eine Klage: „Die Zinsen sind zu hoch, diese und die Bankprovisionen fressen alles auf.“ Jetzt ist es an der Zeit, anknüpfend den Vorkriegszustand geschichtlich wieder herzustellen. In keinem Fall aber dürfen Zinsen für langfristiges Geld 5 Proz. und für kurzfristiges Geld — unter sechs Monate — 6 Proz. Zinsen überschreiten. Die übertriebenen Bankprovisionen müssen völlig verschwinden, die Zinsen müssen in angemessenem Verhältnis zum Reichsbankdiskont stehen. Den Banken und Geldgebern darf es nicht länger gestattet sein, eine die Wirtschaft abwürgende Zinspolitik zu treiben. Man riskiere sofort meinen Vorschlag! Er wird Wunder auslösen und die Wirtschaft, Handel und Industrie beleben.

#### 2. Ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft

Jedes Industrieland muß, soll seine Bevölkerung ernährt werden, neben einer guten bäuerlichen Wirtschaft auch einen guten privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Großgrundbesitz haben. So nötig wie die Existenz solcher gemischten Landwirtschaft ist, daß der Landwirtschaft als Ganzem die Existenzmöglichkeit gegeben wird. Das ist jetzt bei der deutschen Landwirtschaft durchaus nicht der Fall.

Sunderte von Millionen für einen Teil der Landwirtschaft, wie jetzt die DStHilfe, viele Millionen für die Roggenstilungsaktion usw. helfen nur einem Bruchteil und verzögern die große Mehrheit der Landwirte. Sieht man sich die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beim Produzenten und Konsumenten an, so ist man erschrocken, wie wenig die Landwirtschaft für ihre Produkte bekommt — teils unter Vorkriegspreise; dann kommt die gewaltige Handelsspanne und damit die Teuerung beim Konsumenten. Vergleicht man z. B. die Preise des Weizens aller Gattungen im Lebendgewicht pro Pfund beim Landwirt und den Pfundpreis im Laden an dem Maßstab der Vorkriegspreise, so ergibt sich mit aller Klarheit, daß der Konsument entweder 20 bis 40 Pf. pro Pfund zu viel bezahlt oder der Landwirt 10 bis 20 Pf. pro Pfund zu wenig erhält. Oft ist die Spanne noch erheblich größer. Dasselbe trifft bei der Körnerfrucht zu. Der Landwirt könnte im Durchschnitt 2 M. pro Zentner Getreide mehr bekommen, ohne daß der Konsument auch nur einen Pfennig für Brot, Mehl usw. mehr zu zahlen brauchte. Genau so ist es mit allen übrigen Erzeugnissen der Landwirtschaft. Die Handelsspanne ist einfach viel zu hoch und der Zustanden, die hier von Leben, zu viele. Der Landwirt wird zu gering bezahlt. Das ist eins der größten Übel.

Bekommt die Landwirtschaft den angemessenen Preis — aber nicht mehr —, dann ist sie in der Lage, ihre Arbeiter besser zu entlohnen und wird selbst kaufkräftig und starker Konsument von Geräten, Maschinen, künstlichen Düngemitteln, d. h. Bedarfsartikeln aller Art. Damit wird der innere Markt belebt und immer wieder neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Deshalb gibt es gar keine andre Lösung, als die Festsetzung von Mindestpreisen für die landwirtschaftlichen Produkte beim Landwirt und von Höchstpreisen für die Konsumenten. Die ganze Frage aber wird nur zu regeln sein, wenn die unentbehrliche ausländische Lebensmittelfuhr durch ein Staatsmonopol geregelt wird, so lange, bis der Weltmarkt den Ausgleich schafft, was für absehbare Zeit aber nicht der Fall sein wird. Dieses Problem, dessen Schwierigkeiten ich durchaus nicht verkenne, zu lösen, ist eine der dringlichsten Aufgaben der Reichsregierung. Hier darf keine Stunde gesäumt werden.

**3. Erbauung vieler und großer Talsperrren.**

Und nun zu der Frage der Großarbeitsbeschaffung. Jahr für Jahr rasen die Gebirgsflüsse und Bäche bergab und richten durch Überschwemmungen fast in jedem Jahre für viele hundert Millionen Mark Schäden an. Diese Gebirgsflüsse jetzt durch viele große Talsperrren abzufangen, muß sofort gesehen, und zwar einmal, um mehrere hunderttausend Menschen zu beschäftigen, dann aber, um aus den Talsperrren ungeheure Mengen elektrischer Energie für jeden Bedarf — vornehmlich aber zur Elektrifizierung der Eisenbahn — zu gewinnen.

**4. Elektrifizierung der Eisenbahn**

Die wie oben dargelegte Erbauung von Talsperrren und damit die Schaffung gewaltiger Mengen elektrischer Kraft muß Hand in Hand gehen mit der Elektrifizierung der Reichseisenbahn, die hierzu sofort umgebaut werden muß. Hier und am Talsperrrenbau werden mehr als eine Million Handwerker, Arbeiter und Angestellte mehrere Jahre Beschäftigung finden.

**5. Auflösung der frei werdenden Kohle zu Öl und Betriebsstoffen**

Mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen werden große Mengen Kohle frei. Die Mengen frei werdender Kohle steigen, je mehr die Bahn durch elektrifiziert wird. In keinem Fall aber dennoch darf der Bergbau zur Einschränkung oder gar zum Erliegen kommen. Mit der Elektrifizierung der Bahn müssen deshalb sofort große Anlagen zur Auflösung der Kohle in Öl und Betriebsstoffe aller Art in allen Kohlenrevieren erbaut werden. Mit dem Koks und der zur Auflösung nicht geeigneten Braunkohle kann man die Elektrizitätwerke dort, wo durch Talsperrren keine Elektrizität zu schaffen ist, feuern und betreiben. Man schafft mit dem Bau der riesigen Anlagen zur Auflösung der Kohle viel Arbeit und erreicht, daß das Reich sich durch Produktion eignen Dies und aller Betriebsstoffe vom Ausland unabhängig macht, und daß viele hundert Millionen Mark, die heute für Öl und Betriebsstoffe Jahr für Jahr ins Ausland fliehen, im Lande bleiben können. Nur der nicht im Zustand zu erzeugende, also fehlende Bedarf ist durch Einfuhr herbeizulassen und durch ein Staatsmonopol, weil anders kaum möglich, zu kontrollieren.

**6. Starke Herabsetzung der Eisenbahn-Personen- und Gütertarife**

Die Tarifgebahrung der Eisenbahn richtet das Wirtschaftsleben zugrunde, macht jede Neubebung und Arbeitsbeschaffung unmöglich, weil, ja weil man die Eisenbahn, dieses wichtige und wertvolle Nationalvermögen, durch die heutigen Methoden zugrunde richtet. Wo liegt die Schuld? Von München nach Kiel, von Frankfurt nach Stettin, von Köln nach Breslau, kurz auf allen Chausseen saßen heute Riesenaufautos, oft mit einem oder zwei Anhängern, so daß man von Güterzügen auf Landstraßen reden kann. Personenaufautos allergrößten Ausmaßes verbinden nicht nur Eisenbahnstationen mit Ortschaften ohne Bahnverbindung, sondern in der Hauptsache auch Orte, die Bahnverbindung haben. Diese Autos fuhren die Straßen und Brücken in kurzer Zeit in Grund und Boden. Die Städte, Kreise, Provinzen und kleineren Länder brechen unter dieser völlig unproduktiven, nie gewinnbringenden Straßen- und Brückenbaukosten zusammen. Immer größer wird die Gefahr für die Hochbauten in den Städten. Die Erschütterung der Gebäude wird und muß sich über kurz oder lang verheerend auswirken. Während dieser Anflug immer größeren Um-

fang annimmt, erhöht die Reichsbahn, die noch Riesensummen für die Reparation zahlen muß, die Tarife für den Personen- und Güterverkehr, baut Beamte ab, entläßt ganze Scharen von Arbeitern und Angestellten, schränkt die Neubebung von Lokomotiven und Wagen ein, und wo diese Neubebung nicht zu umgehen ist, muß die Eisenbahn Anleihen aufnehmen, die teuren Zinsen zahlen und wird so immer mehr belastet. Das Ganze ist ein wirtschafts- und verkehrsfeindlicher Zustand ohne Gleichen. Diesen Zustand zu beseitigen, ist ein Gebot der Stunde. Die Reichsbahn muß wieder das Monopol zur gewerbsmäßigen Beförderung von Personen und Gütern von Ort zu Ort bekommen neben den konzeptionierten Schiffsahrtsgesellschaften. Die wirklich nötigen Ausnahmen dürfen nur die Regierungen im Einvernehmen mit der Reichsbahn konzeptionieren.

Nur diese radikale Maßnahme verspricht Erfolg. Nur so und nicht anders werden die Personen- und Gütertarife herabgesetzt und der Vorkriegszeit angepaßt werden können. Man habe Lokomotiven und Waggons statt der Straßengüterzüge, einen guten Eisenbahnoberbau statt der ewigen Erneuerung der Straßen und Brücken und entlaste hier von die Städte, Kreise, Provinzen und Länder, die ihr Geld viel nutzbringender anwenden können. Eine gut florierende Eisenbahn aber kann und wird mehr Angestellte und Arbeiter aufnehmen können, als heute beim Bau und Betrieb dieser schauerhaften Lastzüge beschäftigt werden.

**7. Herabsetzung der Syndikatspreise**

Daß die Preise vieler Waren, die die Syndikate, Trusts, Verbände usw. festlegen und kontrollieren, bis zu 30 Proz. zu hoch sind, ist eine feststehende Tatsache. Diese Preise müssen herunter. Ein Reichsgeheiß muß ihre Festlegung und ständige Kontrolle festlegen. Dabei wird zu prüfen sein, ob die Aufhebung all dieser Syndikate usw. und die Zulassung des freien Wettbewerbs der Inlandsbezeugung nicht das Beste und Vorteilhafte für die Behebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ist. Der jetzige Zustand ist in keinem Falle länger tragbar.

**8. Nichtbeschäftigung von Ausländern**

So lange im Reich Angestellte, Kopf- und Handarbeiter, erwerbslos sind, können und dürfen wir uns nicht den Luxus, ausländische Kräfte zu beschäftigen, leisten. Das gilt auch für die Landwirtschaft, die völlig zu Unrecht immer wieder die These aufstellt, der deutsche Arbeiter eigne sich nicht besonders für den Rübenbau und ähnliche Feldarbeiten. Hiermit muß sofort Schluß gemacht werden.

**9. Erwerbsverbot für Pensionäre**

Ein Krebschaden ohne Gleichen ist, wenn unmittelbare oder mittelbare Beamte des Reiches, der Länder, der Kommunalverbände oder Kommunen nach der Pensionierung wieder einen Erwerb in der Privatwirtschaft ergreifen und dennoch ihre volle Pension weiterbezogen. Wenn ein Oberbürgermeister einer Stadt, um nur ein Beispiel anzuführen, sich pensionieren läßt, sich in derselben Stadt als Anwalt niedersäßt und durch seine Bekanntheit und erworbenen Kenntnisse mindestens zwei Anwälte die Erlizenz nimmt, so ist das ein glatter Standal. Deshalb muß allen Pensionären, die 400 M. und mehr Pension pro Monat erhalten, jede Erwerbstätigkeit grundsätzlich verboten werden. Nur denjenigen, die unter 400 M. monatliche Pension beziehen, kann ein Nebenverdienst, falls ein Bedürfnis vorliegt, was nachzuweisen ist, von der zuständigen Regierung gestattet werden; anderseits muß es überhaupt aufgehoben, daß gesunde Menschen unter 65 Jahren pensioniert werden.

**10. Die Verlängerung der Schulzeit um ein volles Schuljahr und die**

**Verlängerung der Arbeitszeit**  
auf sieben Stunden pro Tag sind ein sehr gutes Hilfsmittel, die Zahl der Erwerbslosen herabzubringen. Es ist zu erwägen, ob nicht beides bis zur Hebung der Arbeitslosigkeit durch Gesetz durchgeführt werden muß. So einschneidend diese Maßnahmen auch sein mögen, sie werden viel leichter zu ertragen sein, als der jetzige Zustand es ist.

Da die Not der Zeit es erfordert, schnell und wirksam Arbeit zu beschaffen, beschränke ich mich heute auf diese Vorschläge, die ich sorgfältig abgewogen, mit Politikern und Wirtschaftlern aus der Landwirtschaft, aus Industrie, Handel und Gewerbe, mit Angestellten und Arbeitern eingehend durchgesprochen und für die ich allseitige Zustimmung gefunden habe. Dieses Programm zerfällt in zwei Teile: nämlich erstens Aufbahrung der unbedingt nötigen Hilfsmittel für die Behebung der Wirtschaft und Schaffung von Arbeit nach den zu 1, 2, 6, 7, 8, 9 und 10 dargelegten Forderungen, und zweitens das Arbeitsprogramm selbst nach den zu 3, 4 und 5 entwickelten Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten. Die Arbeiten sind an Umfang viel größer, als man es sich im Augenblick denken kann; denn zu den Talsperrren gehören große Elektrizitätswerke, das Leitungsnetz, die Verteilerstellen und Wohnungen. Man denke nur an die Durchelektrifizierung der Bahn und an alles, was hierzu nötig ist, und man denke an die Riesenbetriebe zur Auflösung der Kohle. Diese für viele Jahre reichende Vollbeschäftigung wird aber auch hoffentlich den jetzt wohl nötigen, an sich aber wünschenswerten Wohnungsbau in manchen Städten, wo keine neue Arbeit zu sehen ist, zum Stillstand bringen; denn es ist unsinnig, immer weitere Wohnungen auch dort zu bauen, wo sie infolge der wirtschaftlichen Notlage leerstehen, zum Teil werden und dann verfallen.

Woher die Mittel nehmen, wie die Sache an fassen? Träger des ganzen Arbeitsbeschaffungsprogramms muß das Reich sein, vertreten durch die Reichs-

regierung, der der „Ausfluß für produktive Arbeitsbeschaffung“ zur Seite steht, der ehrenamtlich alles vorbereitet, beschließt und der Reichsregierung zur Zustimmung vorlegt. Dieser Ausschuß besteht aus 21 Personen, und zwar aus dem Reichswirtschaftsminister oder dessen Vertreter als Vorsitzendem und aus acht durch die Reichsregierung ernannten Vertretern, darunter zwei Ingenieuren und zwei Juristen, ferner je einem Vertreter der Banken, der Landwirtschaft, der Industrie, der Schifffahrt, des Handels und des Gewerbes und aus je einem Vertreter der Gewerkschaften dieser Gruppen.

Das Reich legt eine mit 5 Proz. verzinsbare mündelsichere Schuldverschreibung für produktive Arbeitsbeschaffung auf, der nach gesetzlichen Bestimmungen die Banken, Sparkassen, private und staatliche Versicherungsgesellschaften usw. einen Teil, mindestens aber 25 Proz. des Geldes, das sie anlegen, auszuführen haben. Privatpersonen können ihr Geld hergeben, und wenn die Welt erst sieht, daß mit der Arbeitsbeschaffung wirklich Ernst gemacht wird, dann werden auch die Milliarden deutschen Kapitals, die ins Ausland geflohen sind und dort fast brachliegen, wieder zurückkommen. Dies geschieht, wenn sich das Vertrauen erst hebt. Das aber ist nur durch eine sichtbare Tat und kaum durch andre als meine Vorschläge sofort zu erreichen. Die Geldbeschaffung wird sicher viel weniger schwierig sein als die Verzinsung und Amortisierung bis zu der Zeit, wo dieses ganze nach Absatz 3, 4 und 5 durchgeführte Unternehmen die Verzinsung usw. selbst aufbringt. Ist die Verzinsung gar nicht anders möglich, dann muß die Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung 25 Proz. des Betrags, den sie dem erwerbslosen Vollarbeiter zahlt, und zwar für jeden bei dieser Arbeit Beschäftigten — jedoch nicht mehr als die Zinsen usw. erfordern — so lange zahlen, bis die Unternehmen aus eigenem Gewinn sich selbst tragen.

Den Kritikern aber, die sich sicher finden werden, die die Interessen des einzelnen, der Gemeinden, Länder, Gesellschaften usw. bedroht sehen, sei schon jetzt gesagt, daß das Interesse der Nation und der Republik höher steht, als all die verschiednenartigsten Interessen und Sonderinteressen. Jetzt handelt es sich um Sein oder Nichtsein, und deshalb muß alles getan werden, den Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, was auch geschehen kann, wenn meine Vorschläge durchgeführt werden. Es ist nicht länger tragbar, daß jetzt schon drei bis vier Millionen Menschen erwerbslos sind und verelenden, wie dies besonders bei einem Teile der Jugend, die nach beendeter Lehrzeit sofort erwerbslos wird, der Fall ist. Die Gemeinden brechen sonst unter der Last der zu zahlenden Wohlfahrtsunterstützungen zusammen und viele Millionen werden wahllos, ohne daß hierfür Arbeit geleistet wird, an Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Mehr als 60 Proz. aller Steuerträger, darunter das Handwerk, das Gewerbe, die Industrie und nicht zuletzt der Handel stehen vor dem Ruin und brechen in kürzester Frist zusammen. Statt Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützung zahlt man Zinsen für all die benötigten Summen zur produktiven Arbeit, die sich nach Fertigstellung rentieren wird und muß. Verschwinden die Erwerbslosen und verdienen alle Kopf- und Handarbeiter wieder Geld, dann werden das Handwerk, Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft wieder florieren. Die Kommunen werden sich wieder Aufgaben stellen, die Arbeit bringen, die Steuern werden fließen und die Suche nach neuen Steuern und die vielen „Finanzreformen“ werden für immer der Geschichte angehören. Das ist die Aufgabe der Stunde, der Regierenden und aller, die es gut mit dem deutschen Volke meinen.

Deshalb: Verhindert den Untergang durch Arbeitsbeschaffung!

Magdeburg.

Otto Hörjüng

**Zur Notstandsbeihilfe!**

In Nr. 78 des „Korr.“ appelliert Kollege Bl. an den Opfermut der Kollegen zur Unterstützung der „Armen der Armen“, untreu ausgesteuerten Kollegen. Es wird kaum einen Kollegen geben, der nicht der Meinung ist, daß alles getan werden muß, um den Opfern der privatkapitalistischen Wirtschaft zu helfen. Jedoch scheinen mir in der Handhabung dieser auch vom Kollegen Bl. so sehr geliebten Hilfsaktion einige noch offenstehende weitere Möglichkeiten in Betracht gezogen zu sein. Nach meiner Ansicht gehören in fast allen Betrieben die über Minimum bezahlten Kollegen zum Stammpersonal, sind infolge dessen diejenigen, die am allerwenigsten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, während gerade die am schlechtesten bezahlten Kollegen nicht wissen, ob sie nicht schon in kurzer Zeit zu den „Rolleghen der Straße“ gehören. Da wir leider in unserm Gewerbe sehr unterschiedliche Löhne haben, wäre es richtig, wenn man die über das Handesminimum bezahlten Kollegen mit einer Sondersteuer von vielleicht 3 Proz. belegen würde. Es wird wohl kaum zu bestreiten sein, daß es dem zum Minimum arbeitenden Handgehler schon ohnehin am schwersten fallen dürfte, von seinem geringen Lohn die schon jetzt viel zu hohen Abgaben zu bestreiten. Schon die Notverordnungen der Regierung Brining haben in ihrer Auswirkung vor allem unsere jungen Kollegen am allerhöchsten in Mitleidenschaft gezogen (Lohnsteuer und andre). Ich kann mir sehr wohl denken, daß unsre am schlechtesten bezahlten Kollegen sehr bald nicht mehr in der Lage sein werden, auch nur das Allernotwendigste aufzubringen. Kollege Bl. meint, Notzeiten verlangen besondere Maßnahmen. Nach meiner Ansicht wäre die Sonderbesteuerung unsrer bestbezahlten Kollegen wohl eine der gerechtesten Maßnahmen. Leisten Endes verdrängen diese Kollegen ihren Lohn auch größtenteils der Allgemeinheit. Bei allen prozentualen Lohnerhöhungen hatten die schon

bis dahin besser bezahlten Kollegen immer wieder einen besonderen Vorteil. Es wäre zu begrüßen, wenn diesen Kollegen jetzt, wo Tausende in bitterster Not ihr Dasein fristen, Gelegenheit gegeben würde, sich für diese schon immer genossenen Vorteile erkenntlich zu zeigen. Schon längst sind andre Gewerkschaften, ja sogar die Parteien dazu übergegangen, die Beiträge nach dem Einkommen ihrer Mitglieder zu bemessen. Folgen auch wir diesem Beispiel, wenigstens in der Sondersteuer für die Erwerbslosen. Tragen wir alle zur Linderung der Not unfrer erwerbslosen Kollegen bei, halten wir alle den Gedanken der gegenseitigen Hilfe wach, aber helfe jeder an sich und an die Kräfte n.

S. (Tr.)

### Es geht jeden an!

Im „Korr.“ vom 20. September ver kündete unser Verbandsvorstand die Erhöhung des Extrabeitrags für die ausgesteuerten Kollegen um 20 Pf., also von 10 auf 30 Pf. In einem darauffolgenden Artikel wird dann den Kollegen auseinandergesetzt, welches Opfer sie auf sich nehmen, wenn sie nun in Zukunft für ihre durch die heutige Wirtschaftsmisere in Not geratenen Kollegen wöchentlich 20 Pf. mehr Beitrag zahlen. Ist das angeht die der trostlosen Lage unfrer ausgesteuerten Kollegen wirklich ein Opfer für uns, die wir immer noch regelmäßig am Wohnebene unfrer Lohn empfangen? Nein! Es ist aber höchste Zeit, daß wir für unsre ausgesteuerten Kollegen Opfer bringen, denn was sollen wohl unsre Ausgesteuerten mit einer wöchentlichen Unterfertigung von 5, 7,50 bzw. 10 M. auf die Dauer anfangen? Sie geraten immer weiter in Elend und Not. Davor müssen wir sie aber bewahren — das ist unsre Pflicht als Verbandskollegen. Daß das bei einem wöchentlichen Extrabeitrag von 30 Pf. nicht geschehen kann, liegt wohl klar auf der Hand. Es müßte also zunächst ein höherer Extrabeitrag erhoben werden, der aber zugunsten unfrer Minimumkollegen zu staffeln wäre. Ein Extrabeitrag von 1 M. je Woche bei einem Einkommen bis 70 M., 2 M. bis 100 M. und 3 M. bei einem Einkommen über 100 M. wäre schon eher als Opfer zu bezeichnen und würde unfrer Verband in die Lage versetzen, viel Not zu lindern. Natürlich wird es Kollegen geben, die für die Not ihrer ausgesteuerten Kollegen nicht das nötige Verständnis aufbringen und schon beim Leben dieser Anregung zu toben anfangen. Die toben aber auch bei einem Extrabeitrag von 20 Pf. und haben erst ein Einsehen, wenn sie selber auf der Strafe liegen. Das ist aber sicher nur ein kleiner Prozentsatz.

Es darf natürlich mit dieser Unterfertigungsangelegenheit das Arbeitslosenproblem im Gewerbe nicht als gelöst betrachtet werden. Unfrer arbeitslosen Kollegen haben ein Anrecht auf Arbeit wie wir. Da die Arbeitslosenzahl im Gewerbe immer noch größer wird, besteht einwillen keine Aussicht, die Kollegen normaler Weise wieder in den Produktionszyklus einzuführen. Da es nun Aufgabe unfrer Verbandsvorstandes, die 40-Stunden-Woche in die Wege zu leiten, mit dem Ziele, für je 40 ausgefallene Arbeitsstunden einen arbeitslosen Kollegen unterzubringen. Weiter wäre es an der Zeit, daß endlich auf gekehrtem Wege dem Anfrg des Doppelverdienens ein Ende gemacht wird, Tausende Arbeitslose könnten mit einem Schlage untergebracht werden. Der Vorstand des DGB. müßte sich bei der Regierung energisch dafür einsetzen. Es ist ein großes Anrecht, daß in einer Zeit höchster Arbeitsnot immer noch Doppelverdiener gebuldet werden auf Kosten derer, die einen Anspruch auf Arbeit haben. Es handelt sich hier einmal um die Beamten, die sich teils nebenberuflich, teils, wenn sie eine gute Pension beziehen, aus „ungetrübtem Arbeitsrang“ veranlaßt sehen, den Arbeitslosen das Brot wegzunehmen, dann um diejenigen Frauen, die, bei einem guten Einkommen ihres Mannes, jahraus, jahrein mitarbeiten, „um sich mehr leisten zu können“. Mit ist ein Fall bekannt, wo ein Beamter, nebenbei Haus-

verwalter, mit 60 Jahren mit einer monatlichen Pension von 360 M. abgebaut, schon nach vier Wochen einer regelmäßigen Beschäftigung nachging. Im andern Falle verdient ein Angestellter 550 M. monatlich, und seit Jahr und Tag arbeitet seine Frau in einem gewerblichen Betrieb mit. Bis in die höchsten Stellungen erstreckt sich der Anfrg des Doppelverdienens, und es ist gerade eine Schande, wie diese edlen Zeitgenossen die Arbeitsnot ignorieren.

Ein Gesetz, das bei einem festzusetzenden Mindesteinkommen dem Beamten die Nebenbeschäftigung und der Frau die Mitarbeit bei Strafe unterlag, würde Wunder wirken. Ohne gesetzliche Handhabe ist diesen Herrschaften nicht beizukommen. Wir aber schaffen durch Beteiligung der Doppelverdienenden einen Mißstand aus der Welt, der mit Recht unter den Arbeitslosen viel Erbitterung hervorruft — wir helfen den Armen!

Berlin.

Karl Broshinski.

### Gewerbehygienische Tagung

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hielt ihre diesjährige Tagung in Breslau ab. Von dem Interesse, das die Gewerkschaften den Fragen der Gewerbehygiene entgegenbrachten, zeugte die große Anzahl der Gewerkschaftsvertreter, und angesichts der zur Behandlung stehenden Themen auch der Vertreter der Angestelltenchaft.

Der Tagung ging eine Sitzung des Technischen Ausschusses der Gesellschaft voraus. Diesem Ausschuss war die Frage der Bes- und Entlüftung der Sehmashinenräume zur Unterfertigung übertragen worden. Von dem Stand der Unterfertigung gab Ministerialrat Dr.-Ing. Kramer vom Preußischen Handelsministerium Kenntnis. Seine Unterfertigungen haben ergeben, daß die heute gebräuchlichen Abgasungsvoorzrichtungen nicht mehr genügen, um eine Beschaffenheit der Luft im Arbeitsraum zu erhalten, die im Interesse der Gesundheit und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter erforderlich ist. Die Wärmeverhältnisse und die Feuchtigkeit der Luft sind in den Räumen derart, daß gesundheitliche Schädigungen der Arbeiter unvermeidlich sind. Verhinderung der Wärmeabstrahlung der Gießel, Einführung der elektrischen Heizung, bessere Entlüftung und vor allem Zuführung von Frischluft sind unbedingt für die Sehmashinenräume zu fordern. Weitere Unterfertigungen in Sehmashinenräumen werden noch vorgenommen; eine Kommission aus den Vertretern der an der Frage interessierten Kreise soll dann zu den Dingen Stellung nehmen und das Ergebnis der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgelegt werden. Der Vertreter unfrer Verbandes nahm Veranlassung, darauf zu verweisen, daß die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten des Technischen Ausschusses sowohl von der Berufsgenossenschaft als auch von einigen Gewerbeaufsichtsbeamten dazu benutzt werden, die Frage der Anbringung von Abgasungsanlagen über Gießel bei Sehmashinen als zur Zeit strittig zu behandeln und bis zum Abschluß der Arbeiten des Ausschusses zu vertagen. Damit werde die Bestimmung der Bundesratsverordnung vom Jahre 1897 außer Kraft gesetzt, was sicher nicht im Sinne des Technischen Ausschusses liege. Dieser Auffassung wurde zugestimmt, und der Vertreter des Handelsministeriums teilte mit, daß in den Fällen, die zur Kenntnis gelangt sind, das Ministerium die betreffenden Gewerbeaufsichtsbeamten auf die Vorschriften der Bundesratsverordnung verweisen habe.

Die große Zahl von Haupterkrankungen in Buchdruckereien gab unsern Vertreter Veranlassung, dem Technischen Ausschuss vorzuschlagen, die in den Druckereien zur Verwendung gelangenden Farben einer Unterfertigung zu unterziehen. Die Druckfarben enthalten bekanntlich eine Reihe von Stoffen, die auf der Liste der gewerblichen Gifte stehen: Zinn, Blei, Paraffin, Antimon, Arsen, Quecksilber und Bleisulfid werden einzelnen Farbstoffen zugesetzt. Nachdem nun durch wissenschaftliche Unterfertigungen festgestellt worden ist, daß man mit gewöhnlicher schwarzer Druckfarbe

Krebs erzeugen kann, sei es an der Zeit, der Frage der Beschaffenheit der Druckfarben in Bezug auf die Gefahr für die Gesundheit der damit beschäftigten Arbeiter näherzutreten. Der Ausschuss stellte zwar fest, daß derartige Unterfertigungen nicht zu seinem Arbeitsbereich gehören, daß er aber die Angelegenheit dem Reichsgesundheitsamt zur weiteren Behandlung zuweisen werde. Von unserm Verbandsleitung sollen auch bei der obersten Gesundheitsbehörde entsprechende Schritte unternommen werden.

Zu der Frage der gesundheitlichen Schädigungen des Tiefsdrucks, die den Technischen Ausschuss beschäftigt und zu endgültigen Verbesserungsvoorzschlägen geführt hatten, teilte unser Vertreter mit, daß die graphischen Verbände mit einer Eingabe an die Reichs- und Länderregierungen herantreten seien, um einen beherrschenden Zwang zur Anbringung der Vorrichtungen an Tiefsdruckmaschinen zu bewirken, die den gefährlichen Wirkungen der Lösungsmittel (Benzol, Xylol, Toluol) Abdruck tun können. Er bat den Technischen Ausschuss, bei einer eventuellen gutachtlichen Einspruchnahme im Sinne der Forderungen der Arbeiterchaft sich zu äußern. Weiter verwies unser Vertreter auf eine neue Erfindung von Schlesinger-Spoerl, die geeignet ist, die gesundheitlichen Gefahren des Tiefsdrucks zu vermindern. An die Stelle der großen Tröge mit den durch die Lösungsmittel verdünnten Farben tritt eine Einrichtung, die nur so viel Farbe in der Maschine benötigt, als zur vollen Deckung erforderlich ist. Die Farbe selbst wird durch eine Vorrichtung an die Tiefsdruckmaschine gebracht und läuft aus kleinen Röhren in den schmalen Farbbehälter. Die bisher gemachten Versuche sind zur Zufriedenheit ausgefallen; das Gefahrenmoment wird durch diese Erfindung außerordentlich herabgesetzt. Diese Mitteilung wurde sehr interessiert aufgenommen, und es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß die am Gesundheitsamt der Arbeiter interessierten Behörden dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Von unserm Verbandsvorstand wird an die Maschinenfabriken herantreten werden, auch diese für die genannte Verbesserung im Tiefsdruck zu interessieren.

Das erste Hauptthema der Tagung lautete „Arbeit und Wohnung“. Drei Referenten behandelten diese Frage: vom ärztlich-hygienischen Gesichtspunkt, vom baufachlichen Standpunkt und in ihrer Bedeutung für Betriebsführung und Betriebsgestaltung. Was von den Referenten zu dem Thema gesagt wurde, zeugte von dem großen Interesse, das man in allen Kreisen der Frage entgegenbringt. Die Arbeiterchaft, die fast zwei Drittel ihres Lebens in geschlossenen Räumen zubringen muß, wäre sicher dankbar, wenn die aufgestellten Forderungen noch angemessenen Wohnungen mit Licht, Luft und Sonne, mit Garten und den heutigen hygienischen Einrichtungen recht bald durchgeführt werden könnten. Denn die Wohnung ist für den Arbeiter ein Teil des Vaterlandes, und wenn der Arbeiter nicht gute Wohnungen zur Verfügung gestellt würden, machen sich andre Begriffe vom Vaterland geltend. Angesichts der wirtschaftlichen Lage in unserm Lande wird es mit der restlosen Erfüllung der in den Referaten aufgestellten Forderungen noch einige Weile haben. Immerhin haben die für die Volksgesundheit mitverantwortlichen Kreise von dieser Stelle aus gehört, was hierzulande noch zu tun ist, um das deutsche Volk körperlich und geistig gesund zu erhalten.

Zum ersten Male auf den Tagungen der Gesellschaft für Gewerbehygiene wurden in den Betrachtungskreis die Verhältnisse der Angestellten einbezogen. In die Behandlung des zweiten Hauptthemas, „Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben“, teilten sich zwei Referenten, deren einer die Frage vom ärztlich-physiologischen Standpunkt beleuchtete, während der andre das Thema vom betriebsorganisatorischen und technischen Gesichtspunkt erörterte. Auch die Verhältnisse, unter denen die Angestellten ihre Tätigkeit ausüben, bedürfen in hygienischer Hinsicht noch mancher Verbesserung. Besonders die immer mehr in Ge-

### Von der Deutschen Bücherei

Würde ein Museum nur um des puren Sammelns willen Schätze über Schätze aufeinanderhäufen, so läme wohl ein sinnloses Sammellagerium dabei heraus, mit dem weder den Künsten oder Wissenschaften noch den Besuchern eines solchen Schatzlagers gedient wäre. Ähnlich verhält es sich auch mit den staatlichen Bibliotheken, ja bei ihnen ist die Gefahr akut, daß sie — der Sparkommissar geht um — in riesige Büchermagazine entarten. So werden den großen deutschen Landesbibliotheken auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von allen Neuerscheinungen des betreffenden Landes die sogenannten Pflichtexemplare zugeführt. Kein einziges dieser Druckereignisse, und wäre es infaktisch völlig wertlos, darf der gegenwärtigen und künftigen Menschheit etwa durch freiwillige Vernichtung entzogen werden. Kulturgeschichtliche Gründe sprechen vor allem dafür, daß sämtliche Bücher usw. gewissermaßen einfallmisiert werden, um noch nach Jahrzehnten und Jahrhunderten von deutscher Art zu zeugen. So werden die Magazine der Bibliotheken zu eng und immer neue Bücherlager müssen aufgebaut, systematisch geordnet und verwaltet werden. Praktischer Nugwert und finanzielle Aufwendungen stehen in keinem gesunden Verhältnis zueinander in solchen Instituten, die im großen und ganzen für die praktisch-literarischen Bedürfnisse des breiten Volkes kaum in Frage kommen. Günstiger gestellt sind dagegen jene öffentlichen Bibliotheken, die nur ein ganz fest umrissenes Sammelgebiet pflegen. Zu ihnen zählt auch die Deutsche Bücherei in Leipzig. Aus Mitteln des Deutschen Reiches, des sächsischen Staates und der Stadt Leipzig wurde sie erbaut. am 2. September 1916 eingeweiht und in den Besitz

des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler überführt. Aufgabe und Zweck der Deutschen Bücherei (DB.) ist es, „die gesamte vom 1. Januar 1913 an erscheinende deutsche und fremdsprachige Literatur des Inlandes und die deutsche Literatur des Auslandes zu sammeln, aufzubewahren, zur Verfügung zu halten und nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu verzeichnen.“ Wie nun die DB. ihren Auftrag erfüllt, das soll hier kurz geschildert werden.

Jahr für Jahr legt die DB. ausführlich Rechenchaft ab über die von ihr geleistete Arbeit. Alljährlich erschieht — allerdings etwas reichlich post festum — der „16. Jahresbericht über die Verwaltung der Deutschen Bücherei“, umfassend die Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929. Ein recht stattliches, bei Ernst Gedrich Nachf. in Leipzig gut gedrucktes Heft von 84 Seiten Umfang ist es, das einen guten Einblick in die Aufgaben und Leistungen der Bücherei gewährt. Ihn entnehmen wir vor allem, daß im Berichtsjahr manche Fortschritte erzielt werden konnten. Die Einrichtungen wurden ausgebaut, die Arbeitsmethoden verbessert und die Schlagfertigkeit der Anfrst gesteigert. Als finanzielle Mittel standen ihr fast 600 000 M. zur Verfügung. Die hauptsächlichste und vorrangigste Aufgabe der DB. ist natürlich die Sammeltätigkeit. Im großen und ganzen beruhen ihre Zugänge auf freiwilliger Leistung durch Verlagsbuchhandel, Vereine, Schulen, Firmen und Einzelpersonen. Eine sorgfältig und fleißig arbeitende Werbeabteilung unterstützt die Sammeltätigkeit. Rund 22 000 Briefe sandte sie hinaus. Der Erfolg war gut: 60 045 Druckschriften gelangten in den Besitz der DB., deren Gesamtbestand am 31. März 1929 bereits 770 840 bibliographische Einheiten betrug. Günstig wirkte sich die Verordnung der Reichsregierung vom 11. April 1927 über die Ablieferung

amtlicher Druckschriften an die DB. aus, so daß sie Anfang des Jahres 1929 ein „Monatliches Verzeichnis der reichsdeutschen amtlichen Druckschriften“ herausgeben und auch auf die Veröffentlichungen der Städte von 50 000 bis 100 000 Einwohnern sowie die Religionsgemeinschaften ausdehnen konnte. Diese neue Bibliographie hat sich mittlerweile gut eingeführt als eine brauchbare Führerin durch das schierlich allzu umfangreiche Amtsschrifttum. Neben den Vereinsveröffentlichungen wandte die DB. auch den Schul- und Hochschulschriften und den sogenannten Privatdrucken ihre Aufmerksamkeit zu. Von den Zugängen waren 21 927 selbstständige Werke, 216 Karten, 3208 Bände von Sammelwerken, 9364 Bände von Serien und 15 200 Zeitschriftenjahrgänge. Für den Buchdrucker besonders interessant ist es, zu erfahren, daß von den selbstständigen Werken und Karten 66,8 Proz. in Fraktur und 43,2 Proz. in Antiqua, von den Zeitschriften 69,8 Proz. in Fraktur und 40,2 Proz. in Antiqua gedruckt sind. Die Antiqua dringt also immer mehr durch.

Die zweitwichtigste Aufgabe der DB. ist die Bibliographie. Bekannt sind ja die Neutigkeitenverzeichnisse des deutschen Buchhandels: das „Tägliche Verzeichnis“ (TB.) und das „Wöchentliche Verzeichnis“ (WB.). Im TB. wurden im Berichtsjahr 32 419 Titel (39 071 Bände), im WB. 23 920 Titel veröffentlicht. Eine weitere Bibliographie ist das „Monatliche Verzeichnis der reichsdeutschen amtlichen Druckschriften“. Am ersten Jahrgang waren insgesamt die Veröffentlichungen von 830 Bänden mit 9216 Titeln beteiligt. Die DB. bearbeitet auch einen „Zentralkatalog der Privatdrucke“ und im Auftrage des Reichsministeriums des Innern das reichsdeutsche Schrifttum für die „International Bibliographie der Geisteswissenschaften“.

brauch kommenden Buchungsmaschinen, die den Angestellten die eintönige Rechenarbeit erleichtern, stellen derartige geistige und physische Anforderungen an den Bediener der Maschine, daß eine Unterbrechung der Arbeit und Beschäftigung mit anderen Büroarbeiten als unerlässlich erklärt wurde. Welche Schädigungen die moderne Büroarbeit für die weiblichen Angestellten mit sich bringt, zeigte ein Gutachten, das die Reichsbahn darüber eingehend berichtet hat. Hier wird festgestellt, daß nach vier bis fünf Jahren die weiblichen Angestellten zur Ausführung der Arbeiten unfähig sind und man dem Gedanken ihrer Übernahme in das Beamtenverhältnis näherzutreten müßte.

Den Beschluß der Tagung machten Mitteilungen über neuere wichtige Beobachtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene. Hier machte der Vertreter des Lithographenverbandes Mitteilung von dem Ergebnis einer Statistik über die gewerblichen Hauterkrankungen in den graphischen Berufen. Die Statistik bezog sich auf die Angehörigen des genannten Verbandes, läßt aber gewisse Rückschlüsse auf die gleichen Schädigungen zu, denen unsere Kollegen ausgeht sind. Ein Vertreter des Reichsgesundheitsamtes teilte ergänzend mit, daß es mehr Hauterkrankte gäbe, als hier festgestellt sei, da sehr viele Arbeiter aus sozialen Beweggründen von der Meldung ihrer Erkrankung absehen.

Zm Anschluß an die Haupttagung fand die Kräftliche Jahrestagung statt, die sich mit der Begutachtung von Berufserkrankungen befaßte, sowie ein gewerbehygienischer Vortragskursus für das schlesische Industriegebiet.

Dito Höhne.

## Sozialpolitik und bürgerliches Recht

### Die Auswirkungen der Notverordnung in der Krankenversicherung

Seit Erlaß der „berühmten“ Notverordnung zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände sind nunmehr einige Wochen ins Land gegangen. Es ist daher möglich, über die Auswirkungen einige Ausführungen zu machen. Wie bei solchen schnell zusammengeschusterten Bestimmungen nicht anders zu erwarten, haben sich eine Fülle von Zweifelsfragen für die Praxis ergeben und damit der Auslegung Tor und Tür geöffnet. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ spricht bereits von einer Sabotage der Reform, weil Krankenkassen es wagen, die Vorschriften zugunsten der Versicherten auszuliegen. Die Unternehmensvertreter werden aufgefordert, solchen Versuchen energig entgegenzutreten.

Tatsache ist, daß die zigorosen Vorschriften einen Rückgang der Inanspruchnahme der Krankenhilfe zunächst herbeiführen werden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß diese Zurückhaltung im bisherigen Ausmaß eine Dauererscheinung wird. Das „zum Arzt gehen“ wird in vielen an sich notwendigen Fällen hinausgezögert, bis es gar nicht mehr anders geht. Ob sich diese Erscheinung auf die Dauer zu Gunsten der Kassenfinanzen auswirken wird, darf stark bezweifelt werden. Denn so manche Krankheit, die bei rechtzeitiger Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe in Kürze behoben werden kann, wird durch die Hinauszögerung der Inanspruchnahme einer viel längeren Heilungsdauer bedürfen, vielfach mit Arbeitsunfähigkeit einhergehen, die bei rechtzeitiger ärztlicher Hilfe vermieden würde.

Der Kassenpraktiker hat inzwischen Beobachtungen machen können über die Rigorosität der Krankenkassengebühren und der Rezeptzuzahlung. Es ist ein Jammer, wenn dem Erwerbslosen erklärt werden muß, daß sowohl die Gebühr wie die Zuzahlung auch für ihn gilt, daß der Reichsarbeitsminister keine Ausnahme für ihn zugelassen hat. Ebenso niederdrückend ist es, den vielen freiwillig versicherten Arbeitsinvaliden keine Ausnahmen zuzugestehen zu können. Diese Kränkchen, die von ihren targa Renten sich die für sie erheblichen Beiträge vom Munde absparen, um im Krankheitsfall „versorgt“ zu sein. So mancher von beiden Gruppen verzichtet auf den Krankenschein mit der

Erklärung, daß er die Gebühr nicht zahlen könne, andre bringen die Verordnung wieder, weil sie die Zuzahlung nicht erzwängen können, denn auch das Wohlfahrtsamt lehnt eine Hilfe ab, soweit es sich nicht um die von ihm Betreten handelt. Tiefe Empörung überkommt einem ob dieser brutalen Anordnungen des herrlichen Herrn Reichsarbeitsministers. Auch für Kriegsbeschädigte (Versicherte und Zugeteilte) gilt nach einem besonderen Erlaß des Herrn Stegerwald die Krankenscheingebühr und die Rezeptzuzahlung. Nur für Zugeteilte, die Zufahrteneempfänger sind, soll die Zahlung der Rezeptzuzahlung gestundet werden.

Inzwischen hat der Reichsarbeitsminister in einem Rundschreiben vom 24. September 1930 den Krankenkassen eine gewisse Möglichkeit gegeben, in Fällen trasserter Not Ausnahmen zu machen. Ausdrücklich betont er jedoch vorweg, daß die Gebühren auch für die Selbstzahlgestellten zu gelten haben. Die Gebühr für den Krankenschein und das Verordnungsblatt habe die rechtliche Natur eines Sonderbeitrages. Das Gesetz hält diese Auflagen, so heißt es wörtlich, für notwendig, um die Kasse vor Eigenruß zu schützen und die Kosten in der Krankenversicherung auf das natürliche Maß zurückzuführen. Die Kasse kann den Sonderbeitrag nicht im voraus erlassen. Sie wird aber bei der Einhebung ein bewegliches Verfahren anwenden, die Gebühr im Falle echter augenblicklicher Not (Kunden und bei Uneinbringlichkeit) niederzulegen. Ein solches Verfahren mildert Härten, die sich im Einzelfall ergeben können, ohne daß dadurch der Zweck des Gesetzes gefährdet wird. Auf dieser Erwägung beruht das Abkommen, das die Krankenkassen mit den Apothekern wegen der Einhebung der Gebühr für das Verordnungsblatt getroffen haben. Warum nicht klipp und klar wenigstens Befreiung für Arbeitslose, Invaliden und Rinderleihe? Anscheinend besteht für Herrn Stegerwald bei diesen Gruppen nur ausnahmsweise echte augenblickliche Not. Den Kassenärzten, die die Behandlung ohne Krankenschein — abgesehen von dringenden Fällen — vornehmen, wird angedroht, daß die Bezahlung abgelehnt wird und erklärt, daß ein solches Verhalten einen Grund zur Auflösung des Vertrages mit der Kasse bilden könne. Ferner erklärt der Herr Minister, daß — von einzelnen Fällen abgesehen — es mit den Wüßlingen des Gesetzes nicht vereinbar sei, wenn Kassenärzte oder Apotheker die Gebühr aus eigenen Mitteln entrichten würden.

Die oben erwähnte Abmachung der Kassen mit den Apothekern verpflichtet letztere, den Beitrag einzuziehen. Ist der Beitrag, so heißt es weiter, nicht zu erlangen, so wird die Kasse den vollen Kostenbetrag der Verordnung begehren, wenn es sich um nachts ausgestellte Verordnungen handelt oder wenn aus der Verordnung unzweideutig zu erkennen ist, daß die Nichtanwendung des verordneten Mittels das Leben des Kranken ernstlich bedroht, oder wenn die Zahlung nach gewissenhafter Prüfung durch den Apotheker im Augenblick und auch bei kurzfristiger Stundung über die Kräfte des Versicherten hinausgeht. Diese Fälle sind der Kasse in der Regel wünschlich zu melden. Diese Abmachung gibt in den genannten Fällen wenigstens die Möglichkeit, dem Patienten die dringende nötige Arznei zu verabreichen, befreit aber nicht etwa den Arbeitslosen, sondern nur den Apotheker von der Verpflichtung der Kasse gegenüber.

Die „Deutsche Krankenkasse“ beschäftigt sich mit der Frage, wer diese Sonderbeiträge zu tragen habe, der Arbeitslose oder die Reichsanstalt. Es heißt dort, wenn man, wie es der Reichsarbeitsminister tut, der Krankenkassengebühren und Heilmittelfostenbeteiligung die „rechtliche Natur von Sonderbeiträgen“ zuspricht, dann scheint es durchaus berechtigt, sie auch der Reichsanstalt aufzuerlegen. Nach § 125 WVG werden „die Beiträge“ aus Mitteln der Reichsanstalt bestritten. Die Reichsanstalt habe auch bisher die Zuschüsse zur Familienversicherung getragen. Warum das bei den neuen „Sonderbeiträgen“ anders sein sollte, wäre aus dem Wortlaut des Gesetzes

nicht ohne weiteres ersichtlich. — Es wäre das beste, diese Frage möglichst bald im Rechtszuge zu klären.

Die Notverordnung schreibt vor, daß die Krankenkassen binnen einer Frist von drei Monaten, also bis zum 28. Oktober 1930, die Beiträge neu festzusetzen haben. Geschieht das nicht, so soll das Dberverwaltungsamt eingreifen. Zweck der Änderungen war, die seinerzeitige Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um ein Prozent in der Krankenversicherung einzusparen. Eine Anzahl Kassen haben dem bereits entsprochen, die andern werden folgen müssen. So winstlos wert eine Beitragsentlastung auch ist, so steht zweifellos fest, daß die Versicherten in ihrer erdrückenden Mehrheit den bisherigen Zustand der „Neuregelung“ vorsehen. Da nach der jetzigen politischen Lage mit einer völligen Aufhebung der Notverordnung nicht zu rechnen ist, ist es selbstverständlich, daß die Beiträge den veränderten Verhältnissen angepaßt werden.

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ bringt in Nr. 74 eine Kritik, in der sie die Kassen aufzählt, die bereits Beitragsermäßigungen vorgenommen haben. Sie berechnet, daß eine Beitragsentlastung von einem Prozent bei einem Grundlohn von 5 M. 18 M. pro Jahr, bei einem Grundlohn von 10 M. 36 M. Ersparnis für den Versicherten pro Jahr bedeute. Die Rechnung stimmt nicht ganz, da bekanntlich 2/3 der Beiträge von den Versicherten zu tragen sind.

Die „Ersparnis“ beträgt daher nur 12 bzw. 24 M. pro Jahr. Die „Zeitschrift“ schreibt dann weiter: „Demgegenüber kommt die Belastung durch Krankenschein und Arzneikostenanteil, selbst wenn der Versicherte zweimal im Jahre erkrankt, nicht in Betracht; denn die Kosten für zwei Krankenscheine und vier Rezeptformulare, von denen jedes mehrere Verordnungen enthalten kann, betragen nur 3 M. So bringt die Notverordnung ohne jede Beeinträchtigung der Volksgesundheit und trotz Neueinführung wichtiger Leistungen, insbesondere der Familienhilfe als Pfllichtleistung, eine Erhöhung des Reallohnes.“ Eine wunderbare Rechnung. Weiß die „Zeitschrift“ nicht, daß auch für Familienangehörige die Krankenscheingebühr zu zahlen ist, weiß sie nicht, daß für diese nur die Hälfte bis höchstens 70 Proz. der Arznei und Heilmittel übernommen wird, weiß sie nicht, daß beim Kranken- und Hausgeld gegenüber der früheren Regelung erhebliche Verschlechterungen eingetreten sind? Die aufgemachte Rechnung bekommt unter Berücksichtigung dieser Umstände ein wesentlich verändertes Gesicht, ganz abgesehen von den Gefahren, die der Volksgesundheit durch die Zuzahlungspflicht drohen.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob der neue Rechts-tag gewillt ist, der Verordnung wenigstens die schlimmsten Giftzähne auszuziehen.

R. Lo.

## Korrespondenzen

**Brieg.** Unre am 21. September in Ohlau abgehaltene Bezirksversammlung war von 161 Kollegen besucht. Zur Einführung brachte der Brieger „Gutenberg“ einige Vieder zu Gehör. Nach Begütigung der erschienenen Kollegen durch den Vorsitzenden Spielwol fand zunächst der geschäftliche Teil seine Erledigung. Dem Kassierer Höhaus wurde für seinen Kassierbericht Entlastung erteilt. An alle erwerbslosen bzw. durchreisenden Kollegen wurde eine Interaktion von 3 M. bewilligt. Die inaktiven Kollegen erhielten 5 M. Kollege Sporn (Breslau) referierte alsdann über „Die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre Auswirkung für unsern Beruf“. Der Inhalt des Referats war äußerst lehrreich und interessant. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Unter „Verschiedenem“ wurde hingewiesen auf Besuche des Gutenbergsbundes, Mitglieder zu gewinnen. Dieser Art Agitation sollte von unsern Kollegen schärfstes Augenmerk gewidmet werden. Da der Ortsverein Ohlau gleichzeitig sein zehnjähriges Bestehen feierte, verbrachten die Bezirkskollegen noch einige frohe Stunden in echt kollegialem Geiste, die auch der Brieger „Gutenberg“ verzeichnen darf.

**Gießen.** (Drucker.) Auf ein 25jähriges Bestehen schaut nun auch die Druckervereingung des Bezirks Gießen zurück. Am dieses Jubiläum trotz der wirtschaftlichen Notlage nicht ungeachtet vorübergehen zu lassen, fand am 6. September in Weßlar eine zu aller Zufriedenheit verlaufene Versammlung statt. Nach dem Willkommengruß des Kollegen Leipziger (Weßlar) an die zahlreich erschienenen Kollegen und Gäste fand Kollege Meinel (Weßlar) herzliche Begrüßungsworte namens des Bezirksvorstandes, insbesondere für die anwesenden Jubilare, ebenso für die Kollegen vom Kreisvorstand aus Frankfurt, für die Vertreter vom Bezirksvorstand des Verbandes und der einzelnen Sparten, für unsern allzeit rührigen Vorsitzenden sowie für das Doppelquartett des Bauerschen Gesangsvereins Gießen. Nach einigen Musik- und Gesangsvorträgen hielt unser Kreisvorsitzender Hummel (Frankfurt) die Festrede. In kurzen, aber eindringlichen Worten wies er auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hin, gab einen Rückblick über die Entwicklung der Druckerpartei, die heute nötiger denn je sei, um den Neuerungen in der fortschreitenden Technik gewachsen zu sein. Er erntete für seine Ausführungen reichen Beifall, und in sein Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker und die Druckerpartei stimmten alle Anwesenden begeistert ein. Danach verlas Kollege Meinel die eingegangenen Glückwunschschriften. Auch die Vertreter der verschiedenen Organisationen überbrachten herzliche Wünsche und Geschenke. Den anwesenden Mitbedienern der Druckervereingung Gießen, Kollegen Kimmel, Leib und Lehmann, die heute noch eifrig mitarbeiten, wartete eine besondere Überraschung. In Anerkennung ihrer Treue und Mitarbeit sprach Kollege Meinel herzliche Worte und überreichte jedem Jubilar unter köstlichem Beifall der Anwesenden zum Dank und zur Erinnerung eine schöne Urkunde. In einem vom Kollegen Leipziger verfassten Festbuch, das gemeinsam gesungen ward, wurden verschiedene Ereignisse wieder ans Tageslicht gezogen. Auch der in dem unglücklichen Weltkrieg geliebten Kollegen wurde in ehrender Weise gedacht. Anschließend wechselten dann bis gegen Morgen humoristische Vorträge, Musik und Gesang. Auch das Tanzbein wurde fleißig geschwungen. Erwähnenswert ist noch

schaften“. Eine wichtige Veröffentlichung der DB. ist auch das „Literarische Zentralblatt für Deutschland“, das eine große Reihe literarischer Mitarbeiter aufweist. Im 79. Jahrgang wurden in 2172 Spalten rund 31 000 Titel behandelt. Zum ersten Male wurde auch der „Jahresbericht des Literarischen Zentralblattes“ von der DB. bearbeitet. Eine wertvolle Einrichtung der DB. ist die „Bibliographische Anstaltsstelle“. Über 6000 schriftliche und mündliche Auskünfte über das deutsche Schrifttum konnte sie erteilen.

Nun zur dritten Hauptaufgabe der DB. Eine Bibliothek, die nicht benutzt würde, hätte ihre Daseinsberechtigung verloren. Daß die DB. sich auch beim Publikum einer praktisch bezugten Beliebtheit erfreut, beweist die immer mehr zunehmende Benutzung ihrer der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Einrichtungen. Als Sammelzentrum des deutschsprachigen Schrifttums, als Zentrale der deutschen Bibliographien und als bibliographische Anstaltsstelle nimmt sie unter den deutschen Bibliotheken eine führende Sonderstellung ein, so daß Vergleiche mit ähnlichen Institutionen nicht angebracht sind. Als Benutzungsbibliothek steht sie an sechster Stelle unter den deutschen Konkurrenzern. Im Berichtsjahr wurden 146 000 Besucher und 143 000 Bücherbestellungen gezählt. Das bedeutet eine ganz wesentliche Zunahme der Inanspruchnahme gegenüber dem Vorjahr. Ermöglicht wurde die erst durch eine Vermehrung der Arbeitsplätze in den Lesesälen und durch längere Offenhaltung der Bibliothek. Unter den Besucherkreisen fallen zwei Gruppen besonders auf: 44,6 Proz. waren Studierende und Kandidaten und 29,3 Proz. Techniker, Fabrikanten, Landwirte, Kaufleute, Handwerker und Arbeiter. Mit großem Abstand folgen die Lehrer an niederen Schulen mit

5,2 Proz., die Juristen und höheren Verwaltungsbeamten mit 3,8 Proz., die Lehrer an höheren Schulen mit 3,6 Proz., die Schriftsteller und Künstler mit 2,9 Proz. usw. Daraus dürfte wohl ziemlich deutlich hervorgehen, daß die DB. im Gegensatz zu vielen Staats- und Universitätsbibliotheken keine ausgeproffene Gelehrtenbibliothek ist, sondern auch von vielen Praktikern benutzt wird.

Daß die DB. zur Bewältigung ihrer Aufgaben eines zweckmäßig aufgebauten und schnellarbeitenden Verwaltungsapparates bedarf, versteht sich eigentlich von selbst. Aber bei bürokratisch ausgelegenen Institutionen trifft dies im allgemeinen nicht immer oder sogar nur recht selten zu. Der 16. Jahresbericht der DB. zeigt jedoch mit aller Deutlichkeit, daß bei ihr tüchtige Praktiker am Werke sind. Die Bearbeitung der für den inneren Betrieb, für die Bibliographien und für den Leih- und Austauschverkehr notwendigen Kataloge (Alphabetischer Katalog, Sachkatalog und Verlegerkatalog) erfolgt nach modernsten bibliographischen Grundfätzen. Außer einer Hausbuchbinderei und einer kleinen Hausdruckerei (8000 Buch- und Zeitschriften-titel wurden gesetzt und in 50 000 Exemplaren gedruckt) verfügt die DB. über eine Photographische Werkstätte, bei der Aufnahmen von Büchern, Tabellen usw. gegen eine geringe Gebühr bestellt werden können. Es bedarf wohl keines besonderen Hinweises, daß die DB. auch für die Buchdrucker und Graphiker eine ganz besondere Bedeutung hat. So gut, wie sie etwa dem Buchdruckmuseum in Mainz, dem Deutschen Museum in München, dem Budgetgewerbmuseum in Leipzig ihre Aufmerksamkeit zuwenden, so wenig werden sie es unterlassen, auch die DB. in Erfüllung ihres Bildungsbetriebens zu Rate zu ziehen.

Wilki Kofhenfelder.

eine von den Wehlarer Druckern auf der Bühne in Szene gesetzte Druckerzeremonie, die zu allem Möglichen und Unmöglichen Stellung nahm, oft unterbrochen vom schallenden Lachen der Festteilnehmer. Ganz besondere Heiterkeitsausdrücke verursachte eine ulkige Druckerkapelle. Am Sonntag fand für die dageliebten auswärtigen Kollegen ein Rundgang durch Wehlar und Umgebung statt, die bei einer Kirmesfeier in einem Dorf ihren Abschluß fand. Alles in allem ein gelungenes Buchdruckerfest, dessen jeder Teilnehmer noch oft gedenken wird. Zur Erinnerung wurde eine Festschrift herausgegeben, die von der Bräuhäuser Universitäts-Druckerei in Gießen in vorwortkommender Weise hergestellt worden ist. Die Festschrift Gühl & Ko. in Frankfurt fertigte bereitwillig zwei Druckstücke an. Einige Farben- und Papierfabriken sowie der Verkehrtverein Wehlar sandten in dankenswerter Weise eine Anzahl kleiner Werbedrucke für eine Festmappe, die jeder Drucker erhielt. Allen sagen wir dafür auch an dieser Stelle unseren besten Dank.

**Halle a. d. S. Untere Versammlung am 21. September** hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nachdem Kollege R i e b e n i t a b l die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, wurde durch kurze Aussprache und daran anschließende Abstimmung der vierte Tagesordnungspunkt: „Antrag auf Ausschluß der Kollegen U r t u r K l a u s, E r n s t W e i n r i c h, M o r i z M ü l l e r und H e r m a n n S t a e d t e r wegen Vergehens gegen § 10b des Verbandsstatuts“, als zweiter Tagesordnungspunkt behandelt. Kollege K l a u s beantragte Absetzung des Ausschlußantrages gegen M o r i z M ü l l e r, der wegen Krankheit nicht erscheinen konnte. Der Antrag wurde genehmigt und die Angelegenheit bis zur Genesung des Kollegen zurückgestellt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, wurde des plötzlichen Hinscheidens des Korrektor-Kollegen L u g e ehrend gedacht. Danach erhielt Kollege O t t o W i t t e das Wort zu seinem Lichtbildvortrag „Über Heinrich Jille“. Der Referent erzielte reichen Beifall. Kollege R i e b e n i t a b l dankte dem Vortragenden noch besonders. Alsdann kam man zu den Ausschlußanträgen. Der Vorsitzende schilderte die Gründe, die zum Antrag auf Ausschluß der Kollegen führten. Zur Betriebsratswahl in der „Produktiv“-Buchdruckerei war eine Liste auf gewerkschaftlicher Grundlage zustande gekommen, der auf Betreiben der Partei eine K P D -Liste entgegengestellt wurde. Ein Teil der auf der gewerkschaftlichen Liste aufgestellten K P D -Kollegen wurde sofort zur Bezirksleitung zitiert und aufgefordert, ihre Kandidatur rückgängig zu machen. Die Kollegen zogen es aber vor, sich nicht von der Partei beeinflussen zu lassen. Die Folge davon war Ausschluß aus der Partei. Da nach gewerkschaftlicher Disziplin eine gegen die Gewerkschaftsliste aufgestellte Liste keine Daseinsberechtigung hat, machten sich die Gegenkandidaten selbst ausschlußfähig. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden ergrißen die zum Ausschluß gestellten Kollegen das Wort zu ihrer Verteidigung. Kollege K l a u s kam bei seiner Verteidigungsrede in ein rein politisches Fahrwasser, wie immer, womit er seine Unschuld wirklich nicht beweisen konnte. Nachdem Schluß der umfangreichen Debatte beschlossen worden war, kam man zur Abstimmung. Diese wurde per Stimmzettel vorgenommen, um nicht etwa Kollegen, die im „Klassenkampf“ beschäftigt sind, den Schritten der Überparteilichen auszuweichen. Die Abstimmung ergab: 130 für und 88 gegen den Ausschluß. Da bei der Wahl nicht geschritten worden war, nachdem der Vorsitzende noch den Stand des Arbeitsnachweises bekannt gegeben hatte, der leider immer noch keine Besserung sehen lassen will, die übrigen Tagesordnungspunkte bis zur nächsten Versammlung vertagt. Mit dem Wunsch, daß künftig alle Versammlungen einen so guten Besuch aufweisen mögen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Diegnitz** Am 28. September fand in Bunzlau unsere diesjährige Bezirksversammlung statt, die vom schönsten Wetter begünstigt war. Sie war bei einem Mitgliederstande von 310 von 190 Kollegen besucht. Die Gesangsvereine „Typographia“ Bunzlau und „Gutenberg“ Diegnitz leiteten die Versammlung durch einige wirkungsvolle Männerchöre ein. Bezirksvorsitzender E m i l S c h o l z kam zunächst auf den politischen Wirrwarr zu sprechen, worauf er zum gewerkschaftlichen Leben der Zukunft überleitete und dann den Vertreter des Gaues, Kollegen H o f e r i c h t e r (Breslau), die anwesenden Damen und die Verammelten im allgemeinen begrüßte. Ortsvorsitzender R e i n h a r d t (Bunzlau) tat dies für den B D V B, die Bunzlauer Kollegen. Die Versammlung ehrte Johann das Andenken dreier verstorbener Kollegen. Im Rückblick schilderte der Vorsitzende die tarifliche und wirtschaftliche Lage im allgemeinen und im besonderen die des Bezirks Diegnitz. Die Arbeitslosigkeit im Bezirk ist eine so hohe (68 Kollegen), daß es eigentlich eine Selbstverständlichkeit bezu einzelnen Kollegen sein mußte, ihre überflüssigen Stricke abzulegen. Kollege S o f e r t ä t e r nahm dann das Wort zu seinem Vortrag „Rund um die Arbeit“. Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, schilderte er die Ursachen dieser Krise, welche in der Rationalisierung und Technisierung als Hauptfaktoren zu suchen sind, wobei auch innen- und außenpolitische Momente mitsprechen. Redner beleuchtete dann eingehend die Verhältnisse im Gewerbe. Eine einige und politisch aufgeläutete Arbeiterschaft (letzteres ist sie noch lange nicht, was der Ausgang der Wahlen beweisen habe) kann dem entgegengetreten und sämtliche Verschlechterungen und die noch kommenden abwehren. Reicher Beifall lohnte die einstündigen Ausführungen. Ein Antrag, Aufhebung der „Hilfe am Grabe“, wurde nach lebhafter Aussprache der Arbeitsmüdigkeit übergeben. Der Antrag, der Bezirksvorstand, mindestens aber der Vorsitzende, der Kassierer und der Bezirksamtsleiter sind auf jeder Bezirksversammlung auf ein weiteres Jahr zu befristigen, fand mit übergroßer Mehrheit Annahme. Ein Antrag Haynau, die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörenden Mitglieder aus dem Verbande auszuschließen und ihnen auch die Kostpandunterstützung zu entziehen, wurde nach lebhafter Aussprache dem Verbandsvorstand als Antrag für die nächste Bezirksversammlung vertagt. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Haynau gewählt und beschlossen, die Versammlung Mitte August abzuhalten. Den Teilnehmer wurde dann noch das volle Jahrgeld und das Mittagessen, den Arbeitslosen, zwölf Durchreisenden und sieben inwärtigen Kollegen außerdem noch ein Jahrgeld von 4 M. zugedacht. — Der Versammlung folgte eine gemeinsame Mittagstafel. Am Nachmittag wurden die Umgebungen und die Sehenswürdigkeiten von Bunzlau besichtigt. Am Abend bielt ein Tanztränchen die Kollegen noch lange beisammen.

**Mainz** (Drucker. — Werteljahrsbericht.) Mit Rücksicht auf die Ferienzeit fand in zweitem Quartal nur eine Versammlung im April statt, die in erster Linie der Kollegialität gewidmet war und einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte. Unter „Geschäftlichem“ besprach Kollege W i t t e nochmals das Kreisjubiläum Nr. 2, worauf sich die Versammlung im Prinzip mit dem im Jahre 1931 in Heidelberg geplanten Druckerfest einverstanden erklärte. Zwei Reichschiefsamtsentscheidungen aus Nr. 19 der „Korr.“-Beilage unterzog nunmehr der Vorsitzende unter dem Punkt „Tarifliches“ einer eingehenden Besprechung und empfahl nicht nur strikte Einhaltung des § 17 im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen, sondern auch umgehende Meldung aller untariflichen Zumutungen, damit seitens der Organisation dagegen eingeschritten werden könne. Mehr wie je sei es gerade jetzt angeht, der erscheidenden hohen Arbeitslosigkeit, besonders unter den Druckerkollegen, Pflicht aller in Arbeit stehenden Kollegen, auf strikte Einhaltung aller tariflichen Bestimmungen zu achten. Eine kurze Aussprache über die Beschäftigung der Schnellpressfabrik Krantzental Hang aus in einem allseitigen Lob für das Gebotene — ganz besonders auch hinsichtlich der sehr gut ausgefallenen Gruppenaufnahme —, die als feste Erinnerung im Vereinslokal ihren Platz fand. — Hierauf setzte ein gemütlicher Fröhlichwerden ein, der als gelungener Abschluß der anregend verlaufenen Versammlung angesehen werden kann.

**München** (Drucker.) In unserer gut besuchten Versammlung am 12. September konnten wir wieder eine Reihe junger Kollegen in unsere Sparte aufnehmen. Kreisvorsitzender R i e b e n i t a b l hielt einen interessanten Vortrag, worin die gegenwärtige gewerbliche und politische Lage, wofür ihm reichliche Beifall zuteil wurde. Eine lebhafteste Debatte brachte Punkt 3 unserer Tagesordnung: „Sollen Kurse für Seher und die übrigen Sparten an Druckmaschinen abgehalten werden?“ Nach reichlichem Für und Wider, dafür sprach besonders die Vertreter des Vorstandes der hiesigen Ortsgruppe des Bildungsverbandes, beschloß die Versammlung, die Kurse abzulehnen, die üblichen Kurse im Winterhalbjahr wie bisher jedoch beizubehalten. Vorsitzender R i e b e n i t a b l schloß die Versammlung mit dem Ersuchen an die Kollegen, sich zu unserem 47. Stiftungsfest am 18. Oktober recht zahlreich einzufinden.

**Münster** (M. Maschinenseher.) Unsere Quartalsversammlung am 28. September diente dem Tschüssigen und hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender J i l t e konnte bei Eröffnung der Versammlung insbesondere den früheren langjährigen Vorsitzenden der Gewerkschaft Rheinland-Westfalen, Kollegen S c h r o d (Köln), und den Vertreter der Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik, Herrn B a r t h, begrüßen. Kollege S c h r o d sprach dann in einem einstündigen Vortrage über „Die Neuerungen und die einzelnen Modelle der Linotype“. Der Vortragende verstand es, durch seine interessanten und lehrreichen Ausführungen und praktischen Hinweise die Aufmerksamkeit der Versammlungsteilnehmer zu fesseln. An dem von der Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik bereitwillig zur Verfügung gestellten Anschauungsmaterial konnte der Vortragende seine Ausführungen wirksam demonstrieren. Auch die Typographische hatte uns freundlichst ihre interessante Kundenstempelmaschine und allezeit Drucker zur Verfügung gestellt. Sowohl Linotype- als auch Typographische auf ihre Kosten, kamen. Neben Sechsmaschinenfabrik sei an dieser Stelle, für ihr Entgegenkommen Dank gesagt.

**Rostock** Unsere Bezirks Herbstversammlung fand am 28. September in Güstrow statt. Eingeleitet durch zwei Wiederholungen der Rostocker „Typographia“, verlief die ganze Versammlung flott. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein trefflicher Vortrag des Kollegen S u m m e i s e r (Wibek) über das Thema: „Rückwärts in der Sozialversicherung.“ Er behandelte eingehend das Arbeitslosenversicherungsgesetz, Krankentafeln und Invalidenversicherungsgesetze. In seinem Schlußwort betonte er ausdrücklich, einer Verschlechterung im Sozialversicherungswesen muß trotz der zugespitzten politischen Verhältnisse ein einmütiges „Nein!“ entgegengesetzt werden. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Die anschließend gegebenen Berichte aus den Bezirksdruckereien meldeten durchweg große Arbeitslosigkeit; nur vereinzelt sind Einstellungen erfolgt. Ein Antrag an den nächsten Verbandsrat brachte unter dem Punkt „Beschließendes“ eine lebhafteste Debatte in Fluß. Aus Zweckmäßigkeitsgründen wurde der Antrag in eine Resolution an den Verbandsvorstand umgewandelt und in nachstehender Form von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die am 22. September 1930 in Güstrow i. M. tagende Versammlung des Bezirksvereins Rostock im Verband der Deutschen Buchdrucker beschließt — unter Hinweis auf § 10 Absatz b der Verbandsstatuten —, nachstehende Resolution dem Verbandsvorstand zuzuleiten: Die Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) steht in Widerspruch zu den Grundfragen des Verbandsstatuts bzw. den Grundfragen und Forderungen der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengefaßten freien Gewerkschaften. Denn das Endziel der NSDAP, steht die Zerstückelung der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der Koalitionsfreiheit, der Sozialversicherung, des Ronguntenoffenschaftswesens usw. voraus. Freigewerkschaftliche Sauberkeit und Konsequenz der Selbsthaltung unvermeidlichen den Ausschluß solcher Verbandsmitglieder, die sich trotz erfolgter gewerkschaftlicher Auffklärung weiterhin zur NSDAP, und damit zur faschistischen Diktatur bekennen.“ Interne Angelegenheiten und eine gemeinsame Mittagstafel beendigten die sehr gut besuchte Versammlung.

### Allgemeine Rundschau

**Nachdemwertes Beispiel.** Am 1. Oktober konnte die Buchdruckerei F i l t e l & G ö t t e l in Leipzig auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. Infolge der schlechten Verhältnisse sah die Firma von einer Feier ab. Sie gewählte dagegen dem gesamten Personal einen freien Tag und eine Gedächtnisfeier mit einem Geldgeschenk in Höhe von 25 bis 45 M.

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Saarbrücken befanden die Kollegen S c h r ö d e r (Seher) aus Saarbrücken, W e i ß l o p f (Drucker) aus Ennigerloh, M i n n e r (Drucker) und H e n n e d e (Seher) aus Saarbrücken die Meisterprüfung.

**Zur Arbeitsmarktfrage im Buchdruckergewerbe.** Die Arbeitslosenfrage in unserm Verbands im Monat September erstrakte sich auf 204 Mitglieder, 23 von diesen mit 4295 Mitgliedern sandten keinen Bericht an den Verbandsvorstand ein. Im Interesse der restlichen Erhaltung aller Arbeitslosen in unserer Organisation muß diese Sammelstatistik verurteilt werden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß der letzten Woche des Monats 91.300 (ohne Saargebiet und Preßlau Danzig). In Arbeitslosen wurden gezählt 17.251 (gegen 15.737 im August). Beteiligt arbeiteten 3601 Mitglieder (gegen 2286 im August), und zwar bis zu 8 Stunden 2116, 9 bis 16 Stunden 780, 17 bis 24 Stunden 576, 25 und mehr Stunden 29 Mitglieder.

**Diktatsergebnisse bei Schreibprüfungen.** Von einem Sachauskunftsglied wurde uns folgendes geschrieben: „Kleinschreibung führt zur Nichtigkeitsfrage! So behaupten die Trompeter der gutst-nagel-Orthographie, wie es in Wirklichkeit damit aussieht, lehnen wieder zwei Diktatsergebnisse aus Sachausfällen für das Buchdruckergewerbe, die mir vorliegen. In einem 15 Zeilen zu je 18 Silben umfassenden Diktat befanden sich drei Verträge gegen die Groß- bzw. Kleinschreibung, dagegen 20 sonstige Schreibfehler. Von den fallgeschriebenen Hauptwörtern seien hervorgehoben: Indreje, Jugegeure, Kitteratur, Apperate, Buchdruckerzeugnisse, Photograph, Spezialkurse, Exordens. Nur sehr nach veranlagte Menschen können annehmen, daß diese Wörter in Kleinschreibung so geschrieben worden wären: Interesse, Literatur, ingenieure, apparate, buchdruckerzeugnisse, photograph, specialkurse, exordens. In dem zweiten Diktatsergebnisse fanden sich u. a. folgende Schreibfehler: Frachtstift (Frakturstift), Kapittel (Kapitel), Korbus (Korpus), Singatur (Signatur), Bormen (Normen), Spahien (Spanien), Teckanum (Lektanum), Verlach (Verlag), Hlyroßsystem (Ciceroystem) usw. Auch hier hätte die ausnahmslose Kleinschreibung sicher nichts retten können, wie auch die im gleichen Diktat falsch geschriebenen Wörter mit Kleinbuchstaben bewiesen. Also mit dem Selbstmittel: Kleinschreibung = Nichtigkeitsfrage! ist es nicht; jede Rechtschreibung muß eben erlernt werden.“ Durch diese Mitteilungen eines Sachauskunftsgliedes wird die alte berufliche Erfahrung bestätigt, daß sich die Zahl der aus der Anwendung der Feinheiten unserer deutschen Sprache herrührenden Fehler in bescheidenen Grenzen hält, und daß die auf falscher Kleinschreibung beruhenden Fehler verschwindend gering sind gegenüber den Fehlern, die auf ungenügender Beherrschung der Orthographie und Grammatik schließen lassen.

**Zeitschrift.** In Nr. 78 des „Klmschs Druckerei-Anzeiger“ war eine Notiz enthalten, nach der der Bezirksverein Magdeburg-Anhalt des Deutschen Buchdrucker-Vereins wieder mit einem neuen Ausbildungslehrgang an der Linotype in der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule zu Magdeburg ab Oktober beginne. Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, daß in der genannten Schule wohl ein neuer Lehrgang stattfindet, der aber nur angelehrt ist für bereits an der Linotype ausgebildete Geheilen, die sich an der Schule w e i t e r b i l d e n wollen. Referenten werden gebeten, sich mit unserm Verbandsbüro in Magdeburg, Lüneburger Straße 4, V. in Verbindung zu setzen.

**Das graphische „Enfant terrible“.** „Das gute Ausschließen-Können von Zeitern“ war folgendermaßen das Ab- der Buchdruckerwelt. Der dieses nicht beherrschte, wogentlich sogar gering aderte, stellte ein ewiges graphisches „Enfant terrible“ dar. „Diesen Satz großer buchdruckerischer Weisheit greifen wir heraus aus einem Sermon, den ein vor kaum zwei Jahren „Ausgelernt“ auf die erkaunte Fachwelt (losließ) und in mehrfacher Ausfertigung ansiehend an die gesamte Fachpresse verlichtete; denn „Klmschs Anzeiger“ sowohl wie die „Buchdruckerwoche“ brachten den Sermon fast gleichzeitig, der „Klmsch“ mit einer einschneidenden Botschaft, die „Buchdruckerwoche“ stark gekürzt. Es wäre schlimm um unsere „Kunst“ bestellt, wenn die trivialen Behauptungen dieses jungen „Schriftstellers“ von der Verleumdung der Technik des Sehens den Talsachen entsprächen. Die Ausführungen sind eine Verleumdung der Handheber, wie sie in so unerhörter Weise noch nicht da war. Nicht die Spur eines Beweises hat der junge Mann aus Hamburg für seine leeren Behauptungen erbracht: „Die Leistungen des modernen Abzweigers sind nur zu oft auf Kosten handwerklicher Vernachlässigung zu buchen“ und: „Die fachliche Ausbildung vergangener Jahrzehnte ertrug sich vor allen Dingen nur auf praktische und handwerkliche Vollendung.“ Der uns Bekannte „Autor“ mit seinen 23 Kennen sollte sich ein bißchen mehr um die h e u t i g e n Fortbildungsbestrebungen der Buchdrucker kümmern und nicht über „vergangene Jahrzehnte“ jabeln und — jabeln.

**Schwere Justizstrafe.** Vom Schwurgericht in München wurde der 25jährige ehemalige Schüler der dortigen Meisterschule für Buchdrucker Jakob Klittgen, Sohn eines rheinischen Buchdruckereibesetzers, wegen Luftmordes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Schiedspruch zum Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie.** Am 11. Oktober vermittelte der vom Reichsarbeitsminister bestellte Sonderrichter Dr. Wölter seinen Schiedspruch, der im wesentlichen besagt: Die bisherigen Tarifmindestlöhne der über 18 Jahre alten Metallarbeiter werden mit Wirkung vom 3. November um 8 Proz. gekürzt, die Tarifmindestlöhne der Jugendlichen und der Arbeiterinnen um 6 Proz. Die Abfordrungen sollen im gleichen Ausmaß gesenkt werden. Das neue Lohnabkommen mit den reduzierten Tariflöhnen soll bis zu der Lohnwoche gelten, in die der 30. Juni 1931 fällt. Die Erläuterungsschrift wurde auf Sonnabend, den 18. Oktober, mittags 12 Uhr, freigelegt. Wölter führte zur Begründung des Schiedspruchs sinngemäß folgendes aus: „Die Schlichtungskammer ist davon überzeugt, daß ein Lohnabbau zur Senkung der Gestehungskosten der Wirtschaft unbedingt erforderlich ist. Sie ist ferner der Auffassung, daß durch einen Lohnabbau der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. Die Schlichtungskammer hält es für sozialpolitisch richtiger, die Löhne, die in Zeiten guter Konjunktur festgesetzt worden sind, zu senken als sie zu halten und dadurch die Arbeitslosigkeit weiter zu steigern. Den Anträgen der Unternehmer, die Löhne um 15 Proz. abzubauen, konnte die Kammer nicht entsprechen. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung konnte sie ebenfalls eine Entscheidung nicht treffen, da die Arbeitszeit in dem noch geltenden Manteltarifvertrag geregelt und ein Eingriff in einen noch bestehenden Tarifvertrag gesetzlich unzulässig ist.“ Mit diesem

ungeheuerlichen Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie ist die große Lohnabwärtendens des Unternehmertums eröffnet. Aus diesen Gründen ist der Schiedspruch für die gesamte Arbeitererschaft von weittragender Bedeutung. Von den freigewerkschaftlichen Funktionären der Berliner Metallindustrie wurde am Sonntag, dem 12. Oktober, zu dem Schiedspruch Stellung genommen und dieser einstimmig abgelehnt. Es wurde beschlossen, am Montag in den Betrieben eine Erbsitzung über den Eintritt in den Streik vorzunehmen. Nach der Stimmung der Funktionärenkonferenz ist mit Sicherheit anzunehmen, daß das Ergebnis dieser Abstimmung der Streikbeschluss sein wird. Am Dienstag folgen dann die Debatte der Funktionäre zusammenzutreten, um auf Grund der Abstimmung den Termin festzusetzen, an dem die Arbeitsniederlegung erfolgen soll. Die gegenwärtig in Berlin tagende Bundesausführung des DGB wird voraussichtlich ebenfalls zu der durch den Schiedspruch entstandenen ernsten Situation Stellung nehmen.

**Geringere Arbeitslosenzunahme.** In der zweiten Hälfte des Monats September hat die Zunahme der Arbeitslosen eine Besserung erfahren. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat sich um 10 000 verringert. Dagegen hat die Krisenfürsorge eine Zunahme von 14 000 zu verzeichnen. Beide Unterstützungsarten hatten Ende September mit einer Gesamtzahl der Unterstüzten von rund 1 066 000 zu rechnen. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern betrug am 30. September außer den noch in Stellung oder in Notstandsarbeit befindlichen 3 030 000. Gegenüber Mitte des Monats ist eine Zunahme von 47 000 zu verzeichnen. In der ersten Hälfte des Monats betrug die Zunahme der Arbeitsuchenden 103 000. Die Ursachen, die hierzu beigetragen haben, sind der Bedarf an Arbeitskräften für die Hafstrukturm, stärkere Beschäftigung im Bekleidungs- und zum Teil im Spinnstoffgewerbe, saisonmäßige Beschäftigung in einzelnen Zweigen der Nahrungsmittelindustrie und schließlich Auswirkungen des Arbeitsbeschäftigungsprogramms der Reichsregierung. Eine empfindliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ist eingetreten im Bergbau, in der Metallindustrie, den Zementfabriken und Ziegeleien, im Gastwirtschafts- und im Holzgewerbe usw. Sicher ist es erfreulich, daß sich die Arbeitslosigkeit in dem Tempo der letzten Monate nicht weiter verschlechtert hat. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sich auch in den nächsten Wochen ein ähnliches Bild zeigen wird. Vielmehr wird die saisonmäßige Verschlechterung des Arbeitsmarktes bis zum Jahresende noch zu einem wesentlichen Answellen der Arbeitslosigkeit führen.

**Kündigung aller Reichsangehörigen.** Der Reichsminister der Finanzen hat in einem Erlass vom 4. Oktober 1930 die Kündigung aller bei der Reichsverwaltung beschäftigten Angestellten zum 31. März 1931 angeordnet, um die Dienstbezüge von da ab um 6 Proz. zu kürzen. In dem Erlass wird eine gleiche Kürzung der Beamtenbezüge vom 1. April nächsten Jahres als bereits feststehende Tatsache vorausgesetzt.

**Technischer Fortschritt und Massenelend.** Fast keine Woche vergeht, wo nicht irgendein Produktionsproblem durch die Technik gelöst wird. Wenn man aber unterlucht, welchen Nutzen die technischen Erzeugnisse für die breiten Bevölkerungsmassen haben, so kommt man zu der betrüblichen Feststellung, daß dieser die technischen Erzeugnisse sehr wenig genützt haben. Es muß sogar gesagt werden, daß die fürchterlichen Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise mit auf die schnelle Technisierung des Arbeitsprozesses zurückzuführen sind. Die Rationalisierung ist vielfach in überfülltem Tempo durchgeführt worden. Die Technik hat Wunderwerke verrichtet, während

dessen die arbeitende Menschheit in den meisten europäischen Ländern Hunger leiden mußte. In Nr. 40 des „Magazins der Wirtschaft“ beschäftigt sich Professor Georg Bernhard mit dieser Frage, und er kam dabei zu folgenden Feststellungen: „In unserer Zeit gibt es nicht nur viel Elend, sondern mehr noch ungeheuer viel künstlich geschaffenes Elend durch die Verdrängerung der Klust zwischen arm und reich, durch den absoluten Mangel auf der einen und den ungeheuren Luxus auf der anderen Seite, verschlimmert noch durch die Tatsache, daß die Kluft dieser des Luxus immer öffentlicher zur Schau stellen und dadurch breite Massen diesen Gegensatz fühlen lassen.“ Man hat den Luxus sofort enorm gesteigert. In ihm haben die technischen Möglichkeiten Drogen gefeiert. Was man aber vollkommen unterlassen hat, ist die Luxuserhebungen zu popularisieren, die technischen Werte, die man dort erreicht hat, der Gesamtheit zuteil werden zu lassen. Hier liegt ein für die Zukunft sehr anregendes wirtschaftliches Moment.“ Das ist durchaus richtig. Die Technik hat geradezu Großartiges geleistet. Aber was nützen alle technischen Erzeugnisse, wenn sie nur für einige wenige geschaffen sind und die breite Masse des Volkes darunter zu leiden hat.

**Historischer Höhepunkt.** In der Zeit der härtesten wirtschaftlichen Krise hat die Reichsbank mit Wirkung vom 9. Oktober an den Wechselkurs von 4 Proz. auf 5 Proz. und den Lombardzinsfuß von 5 Proz. auf 6 Proz. erhöht. Durch diese Maßnahme wird im Wirtschaftsleben eine weitere Verschärfung der Lage eintreten, denn die Kreditzinsen erhöhen sich dadurch automatisch und auch die Hypothekenzinsen werden wieder anziehen.

**Geschichtlicher Höhepunkt eines amerikanischen Überbrückungs-kredits für Deutschland.** Einer Meldung des „Börse-kurriers“ zufolge ist der Überbrückungskredit, der in Höhe von 125 Mill. Dollar durch ein Konsortium unter Führung des amerikanischen Bankhauses Lee, Higginson & Co. dem Reich gewährt wird, perfekt geworden, wenn der Vertrag auch noch nicht formell unterzeichnet ist. Die Verzinsung beträgt 4 1/2 Proz., dazu kommt 1 1/2 Proz. Provision pro Jahr. Die Laufzeit beträgt zwei Jahre, jedoch hat das Reich das Recht, in der Zwischenzeit zu jedem halbjährigen Termin zurückzugeben, und zwar auch teilweise. Voraussetzung für den Kredit ist die vom Parlament zu beschließende Bildung eines Tilgungsfonds nach früherem Muster.

**Beiliebene Eingänge**

**Hatgeber für die öffentliche Fürsorge.** Von Friedrich Meiß, Altgerm. in Hagen. 7. Auflage (22. bis 25. Tausend). 48 Seiten. Preis 1,50 M. V. Bredt, Weipol C. I. Köntigstraße 46. Einzelpreis 70 Pf. bei Partiebelegungen von zehn Stück an Ermäßigungen.

**Arbeiterkunde.** Monatsheft der sozialistischen Arbeiterjugend. 23. Jahrgang. 26 H. 4 Arbeiterjugendverlag Berlin SW 61. Belle-Alliance-Str. 8. Preis des Einzelheftes 25 Pf.

**Der Waintraut.** Mit der Zeit für unsere Frauen und Mütter. Nr. 10. 68. Jahrgang. Preis 10 Pf. Herausgeber: Deutscher Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Volkswirtschaft (Naturverbände). 2. Schriftleiter: Professor Dr. Schönbauer. Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 22.

**Briefkasten**

**C. B. in G.:** Wenn Du auf ausführliche Darstellung: Briefe haben sich gekürzt. — **C. B. und H. B. in G.:** Im Brief selbst ist diesen Wünschen in unserm Verbands aus freier Entscheidung der Beteiligten schon aus dem Grunde Rechnung getragen, aber eine Verkleinerung darüber hinaus ist aus praktischen Gründen nicht möglich. Im übrigen entspricht die Grundlinie des Briefes in seiner Beziehung zu den wirklichen Tatsachen, was große Unzufriedenheit aller derjenigen Verbandsmitglieder der letzten zehn Jahre verursacht hat und diesen Gründe magie daher Abhilfe erfordert, wenn diese nicht schon infolge anderer reaktionärer Bestrebungen im Unternehmerrager geradezu ein Gebot der Stunde wäre. — **H. B. und G. in G.:** Für die gemeinlichen Bemerkungen deßen Dant, es bist schon weiter. — **G. B. in G.:** In München: Dank für Zusendung. — **H. B. in G.:** In Nr. 76: 250 Pf. — **G. B. in G.:** In Nr. 77: 3,00 M. — **C. B. in G.:** In Nr. 84: 6,40 M.

**Verbandsnachrichten**

**Verbandsbüro:** Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Str. 1101, 3141 bis 3145, Baumfont: Rang der Arbeiter, Angestellten und Beamten, No. 1, Berlin S 14, Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1023 67 (H. Schmelzlin).

**Geldbühnen an den Fern- und Postkonten:** Berlin NW 27, 208 10 unter Postfachkonto des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker, Berlin SW 61.

**Verbandsausbezug**

Kollegen, die das Verbandsausbezug besichtigen wollen, müssen sich bis spätestens 11 Uhr vormittags im Zimmer 113, 3. Etage, melden. Es findet nur eine tägliche Abholung statt; Ausnahmen, ohne vorherige Vereinbarung, können nicht mehr gemacht werden.

**Ausgabe von Reiselegitimationen für die Wintermonate November 1930 bis Februar 1931**

Erfahrungsgemäß läßt die Franzosenahme der Reiseunterstützung in den Wintermonaten erheblich nach, auch tritt im Amt des Verbandsverwalters in der Winterzeit nur selten eine Veränderung ein. Wir werden deshalb für die Monate November 1930 bis Februar 1931 nur ein mal Reiselegitimationen ausgeben. Die Verwalters, die in der nächsten Monats ihre Auszahlung über ihre Auszahlung an ändern besichtigigen werden, müssen diese Veränderung bis spätestens 18. Oktober mitteilen.

Der Verbandsvorstand.

**Adressenveränderungen**

**Schwiebs,** Vorüber: Gustav Grauf, Frankfurter Straße 12 I.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einmeldungen innerhalb 14 Tagen an die Geschäftsstelle):  
**Im Gau Rheinland-Pfalz** der Bruder Georg R. u. u. e. a. b. in Borsdorf 1802, ans. 1910; war schon Mitglied. — **Joseph** Bertram in Köln, Gerolmsd. 28.  
**In Jannetie (Schweiz)** der Maschinenbauer Max Ritzschke, a. b. in Dornach a. Rh. 1907; war Mitglied des Rheinbergsbundes von 1922 bis 1925. — **Jul. Hengst,** Luzern (Schweiz), Brühlstraße 9.

**Reise- und Arbeitslosenunterstützung**

Kollegen, beim Besuchen Reisekasseverwalters liegt ein Paket für den Kollegen Z. u. u. e. a. b. in Borsdorf, es wird gebeten, seine neue Adresse anzugeben, wo das Paket eingeschickt werden soll. Die Herren Reisekasseverwalter werden gebeten, den Kollegen Bände auf diese Weise aufmerksamer zu machen.  
**Landrat** in G. Die Geschäftsstelle des Reisekasseverwalters hat der Kollege Georg C. e. r. übernommen. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt nach wie vor im Gasthaus Schwab, Reichstr. 6 bis 7 Uhr abends.

**Veranstaltungskalender**

- Kannberg-Hochholz,** Versammlung Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Kannberg, Berlin, D. e. a. u. S. i. e. r. c. o. p. u. r. e. a. g. Sonntag, 19. Oktober, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Berlin, Engelstr. 21—25.
- Bielefeld,** Versammlung Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Th. Hiltmann, Hiltmannstr. 10.
- Breslau,** Versammlung Mittwoch, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des „Gewerkschaftshauses“.
- Delft,** Versammlung Freitag, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Luit“.
- Dresden,** S. i. e. r. c. o. p. u. r. e. a. g. und G. a. l. v. a. n. o. p. a. t. i. k. e. r. Versammlung Sonntag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Schwab“ — Vorstandskollegen 6 Uhr.
- Salzungen,** Versammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
- Anträge bis 20. Oktober an den Vorstand.**
- Lamantalia,** Versammlung Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum Pelletier“.
- Lübeck,** Versammlung Sonntag, den 19. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Stadthalle“ an Alstedt.
- Oraunenburg,** Versammlung Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Büttelplab.
- Marzahn,** Versammlung Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Dajem“, Erbader Straße.

**Anzeigenpreise:** 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

**Anzeigen**

**Annahmeschluss:** Montag und Donnerstag früh für die jeweils nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglich nur durch Einschaltung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

**Sekretärstelle im Verbandsvorstande zu besetzen!**

Für den am 1. Oktober 1931 nach Erreichung des 65. Lebensjahres aus dem Amte scheidenden Kollegen Albrecht Fülle soll nach dem Beschluss des letzten Verbandstages ein neuer Sekretär eingestellt werden, dem neben allgemeinen Verbandsaufgaben insbesondere die Bearbeitung der Beihilfsfragen obliegt. Bewerber um diesen Posten müssen daher in der allgemeinen Jugendbewegung Weisheit wissen und mit den Bestimmungen unserer Beihilfsordnung sowie mit der Arbeit in den Fachauschüssen vertraut sein.

Die Anstellung erfolgt nach den bekannten Richtlinien aus der Reihe der Bewerber durch die voraussichtlich noch in diesem Jahre tagende Gewerkschaftskonferenz und bedarf der Bestätigung auf dem nächsten Verbandstag. Den Meldungen, die bis zum 15. November an den Verbandsvorstand einzureichen sind, ist eine kurze Abhandlung über das bezeichnete Aufgabengebiet beizufügen. Der Eintritt soll am 1. April 1931 erfolgen.

**Der Verbandsvorstand.**

**Buchdrucker-Berein in Hamburg-Altona**

Dienstag, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Musiksaal des „Gewerkschaftshauses“, Welfenbüchel 67:

**Außerordentliche Generalversammlung**

- 1. Tagesordnung: 1. Vernehmlichungen. 2. Vortrag: Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse G. D. e. r. i. c. 3. Antrag des Vorstandes: Aufhebung der Weihnachtsunterstützung. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: Erhebung eines Extrabeitrages für die Zeit vom 2. November bis 13. Dezember. Mitteilungsdruck legitimiert
- 4. Tagesordnung: 1. Vernehmlichungen. 2. Vortrag: Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit. Referent: Genosse G. D. e. r. i. c. 3. Antrag des Vorstandes: Aufhebung der Weihnachtsunterstützung. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: Erhebung eines Extrabeitrages für die Zeit vom 2. November bis 13. Dezember. Mitteilungsdruck legitimiert

Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Oldsch wohl!** **Jünger Altzidenjeker** Oldsch wohl!  
 21 Jahre alt, eternell, stem im Altziden- und Werkshaf, sucht sofort Stellung, wenn auch auswärts. Zustchriften an 77 G. Halama, Breg. Bezirk Dresden, Dorotheenstr. 6.

**Für Drucker**

- Dogenanlegeapparat Rotary . . . . . 1,00 M.
  - Dogenanlegeapparat Unioverfal . . . . . 1,00 M.
  - Das Auslöschblech . . . . . 2,25 M.
  - Die Tischschneidpressen . . . . . 2,75 M.
  - Die Zurechtigung . . . . . 0,60 M.
  - Druckfarben, Nieder- mittel . . . . . 3,60 M.
  - Schmitz . . . . . 0,90 M.
  - Spiele . . . . . 0,75 M.
  - Zurechtigung und Druck- wertung . . . . . 0,60 M.
  - Was muß der Buchdrucker von Walzen, Sardwert, Putz und Zurechtigung wissen! 0,75 M.
- Verlag des Bildungsverbandes der D. D., Ombö, Berlin SW 61.

**Dresdner Buchdrucker-Gesangsverein**

und Frauenchor  
 Sonntag, 19. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Eranon“ (Volkswohlfahrt):

**Familienabend**

unter Mitwirkung des Charakterkomikers Heren Feh Annot-Eisenstein. Wir sind nach der Vorlesung Tanz (Sonntags von 6 bis 10 Uhr). Eintrittspreis für Mitglieder und deren Frauen je 30 Pf., Gölle 60 Pf. Arbeitslose zahlen 30 Pf. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

**Ohne Anzahlung**  
 75 an  
 Praktischer Log  
 Musikhaus  
**Hans Muskat & Co.**  
 Berlin S. Prinzenstraße 98 / 23

**Für Maschinenfeger**

- Abnutzung der Matrizen, 60 Pf. Das Produkt der Schmalfabrik, 60 Pf.
  - Der Typograph . . . . . 2,50 M.
  - Die Linotype . . . . . 5,00 M.
  - Die Monotype . . . . . 5,00 M.
  - 25 Stangen und Antworten für Linotypemaschinenfeger 1 M.
  - Geschichte der Gießmaschinen. 3 M.
- Verlag des Bildungsverbandes der D. D., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

<p>Im Alter von 37 Jahren verstorben am 8. Oktober unerwartet infolge Herzschlages unser Kollege, der Maschinenfeger [84]</p> <p><b>Otto Gut</b></p> <p>Ein ehrendes Andenken demahrt ihm</p> <p>Schließlicher Maschinenfegerverein (St. Dresden).</p>	<p>Am 8. Oktober verstarb unser lieber Kollege, der Geher [78]</p> <p><b>Rudolf Albin</b></p> <p>aus Borsdorf, im 46. Lebensjahre.</p> <p>Ein ehrendes Andenken demahrt ihm</p> <p>Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.</p>
<p>Am 8. Oktober verstarb unerwartet infolge Herzschlages unser lieber Kollege, der Maschinenfeger [80]</p> <p><b>Otto Gut</b></p> <p>Im Alter von 37 Jahren.</p> <p>Am 10. Oktober verstarb unerwartet unser lieber Kollege, der Geher [76]</p> <p><b>Heinrich Rübzig</b></p> <p>im besten Alter von 28 Jahren.</p> <p>Die Andenken werden uns stets in Ehren halten.</p> <p>Ostverein Dresden.</p>	<p>Am 8. Oktober wurde unser Kollege, der Maschinenfeger [80]</p> <p><b>August Wintler</b></p> <p>aus Bremerhaven, im Alter von 51 Jahren durch den unerwartlichen Tod von uns gelassen. Derselbe bildete in seiner Treue zu unserer Organisation, lange Jahre Vorstandsmitglied, mich er uns unersetzlich bleiben.</p> <p>Ostverein Bremerhaven-Wesermünde. O. V. Weser-Eibe. Maschinenfegerklub Bremerhaven-Wesermünde.</p>
<p>Am 20. September verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenfeger [76]</p> <p><b>Willy Schormann</b></p> <p>im Alter von 62 Jahren.</p> <p>Wir werden seiner stets ehrend gedenken.</p> <p>Ostverein Ransberg. Gelehrtenvereinsverein W.</p>	<p>Am 1. Oktober verstarb nach langem Leiden unser werter Mitglied, der Buchdrucker [82]</p> <p><b>Willy Kiepling</b></p> <p>im Alter von 65 Jahren.</p> <p>Ein ehrendes Andenken demahrt ihm</p> <p>O. V. Meerburg a. O. S.</p>